

58

März/April '95
10. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus

Kurdistan

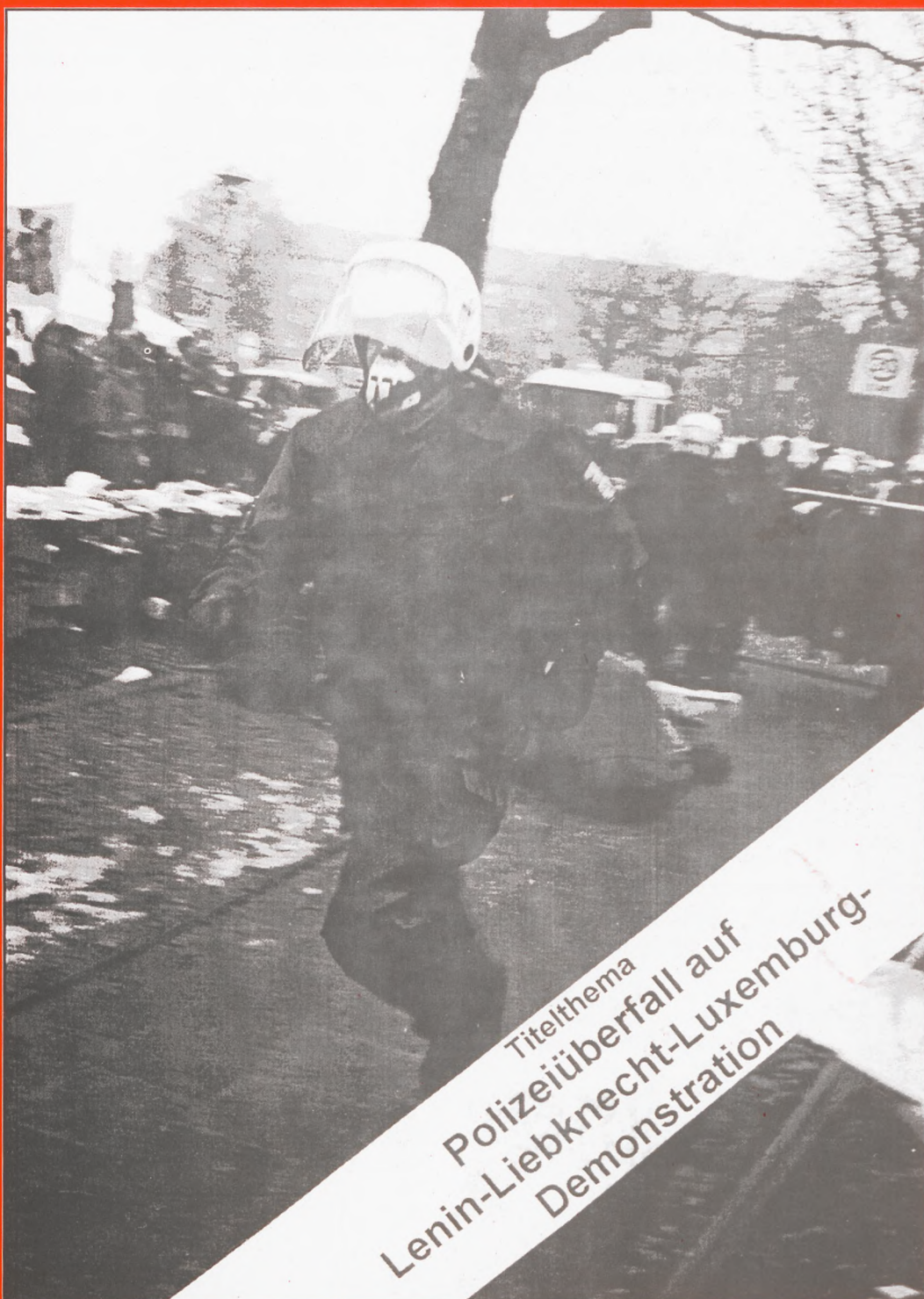
- Newroz Fest '96
- YEK-KOM-Kampagne:
"Die Wahrheit über
Kurdistan"
- Prozeß gegen Ömer
Eren in Münster

Mexiko

Aufruf der EZLN
"An die Völker der
Welt"

Neonazis

Razzia gegen
"Kameradschaft
Recklinghausen"



Titelthema
Polizeiüberfall auf
Lenin-Liebkecht-Luxemburg-
Demonstration

Inhalt

- 3 **Editorial**
- Berichte**
- 4 Liebknecht-Luxemburg-Lenin
- 10 Augenzeugenberichte zur LLL-Demo
- 14 Polizei beschlagnahmt Bilder aus Kurdistan-Zentrum
- 18 Razzia gegen "Kameradschaft Recklinghausen"
- 28 18. Antifaschistische Landeskonferenz NRW
- 31 Prozeß gegen Graue Wölfe vertagt
- Dokumentationen**
- 15 Offener Brief der PDS
- 26 Aufruf der EZLN
- 30 Resolutionen der 18. Antifaschistischen Landeskonferenz NRW
- Kommentar**
- 16 Solingen-Hattingen-Lübeck
- Interview**
- 19 Im Gespräch mit Zeleke Eshete
- Material**
- A Thesen über die Behandlung Kurdistans (Teil 2)

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-
7,7cm	10 - 15cm	95,-			

AntifaZ

Die AntifaZ ist eine unabhängige Zeitschrift, die alle zwei Monate erscheint. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/ 26345

Redaktionsanschrift: Antifa-Zentrum

Herner Str. 43

45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/21686

Redaktionssitzungen

donnerstags 19-20 Uhr.

Abonnenten- und Anzeigenkonto:

BLZ: 430 500 01

Kto.-Nr.: 334 01 027

Stichwort: AntifaZ

Sparkasse Bochum

Auflage: 1000

Druck: LUPEN DRUCK Duisburg

Editorial

Schon in den ersten Januarwochen wurde deutlich, daß **der deutsche Staat** in diesem Jahr zu einer **neuen Großoffensive** startet gegen alle, die angesichts steigender Massenverelendung, Arbeitslosigkeit und menschenverachtender Politik in diesem Land zu Widerstand bereit sind. Da ist es kein Zufall, wenn die **Gedenkdemonstration für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht** mit über hunderttausend TeilnehmerInnen von der Berliner Polizei brutal überfallen wurde. **Berichte über die Demonstration, Augenzeugenberichte, Informationen über den Mord an Karl und Rosa am 15. Januar 1919 sowie Auszüge aus ihren Schriften bilden das Schwerpunktthema dieser Ausgabe.**

Einen zweiten Schwerpunkt stellen Informationen zur Vorbereitung von Aktionen zu den kurdischen **Newroz-Feiern am 21. März 1996** dar. Der Dachverband kurdischer Vereine in Deutschland, **YEK-KOM**, ruft zu einer bundesweiten Kampagne für eine wahrheitsgemäße Berichterstattung über Kurdistan auf. Am **21. März** soll eine **Großdemonstration zum Newroz-Fest in Mainz** stattfinden.

Trotz massiver antikurdischer Hetze in Deutschland, trotz eines de facto durchgesetzten generellen Politikverbots für KurdInnen, trotz skandalöser Prozesse gegen KurdInnen (wie etwa gegen Ömer Eren in Münster), trotz ständiger Angriffe gegen kurdische und türkische Vereine und ihre Räume in der Bundesrepublik, trotz der von Teilen der Justiz und Polizei massiv geförderten rassistischen und fremdenfeindlichen Stimmung in diesem Land deuten sich auch positive Veränderungen auf Seiten des linken, demokratischen und antifaschistischen Widerstands an:

Ein positiver Ansatz ist der Aufbau eines **"Internationalen antifaschistischen Komitees" im Ruhrgebiet**, an dem sich ausländische und deutsche Organisationen beteiligen.

Mit dem Erzeugen kurdenfeindlicher Stimmungen beschäftigt sich auch der **Teil II der Thesen über den Umgang der Medien mit der "Kurdenfrage"** (siehe gelbe Seiten).

Daß der staatlich betriebene Rassismus von einer breiteren Öffentlichkeit nicht mehr einfach hingenommen wird, zeigt die wachsende **Kritik an den polizeilich-staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in Lübeck**; ein Ausdruck davon wird die für den **23. März in Lübeck** vorgesehene **bundesweite Demonstration gegen Rassismus** (u.a. mit der Forderung der Freilassung des libanesischen Asylsuchenden Safwan Eid) sein. Der Tatvorwurf gegen ihn stand von vornherein "auf hölzernen Füßen". Zu diesem Thema ein **Kommentar von Klaus Dillmann**.

In der letzten Zeit ist in jeder AntifaZ ein Bericht oder Interview über das Schicksal einzelner **Asylsuchender in Deutschland**, in dieser Ausgabe ein ausführliches **Interview mit dem Flüchtling Zeleke Eshete aus Äthiopien**.

Was haben wir noch? Wir dokumentieren den **Aufruf der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee (EZLN) "An die Völker der Welt"**, berichten über eine Polizei-Razzia gegen eine **"Kameradschaft Recklinghausen"**, machen kritische Anmerkungen zur **"18. landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen"** von NRW am 2. März in Duisburg.

Weitere Artikel wie etwa der zur Lage in Kosova (Eleksander Berisha), und über den türkischen Islam und die deutsche Linke (Fikri Arslan) sollen in Nr. 59 zum Abdruck kommen. Das gilt auch für den zweiten Teil von Achim Schürmanns **"(Un)heimlichkeiten des Nazi-Faschismus"**.

Für die AntifaZ-Redaktion:

WT



LINKE VEREINT IM GEDENKEN AN KARL UND ROSA

Über 100 000 Menschen gedachten der Ermordung
von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

"Vorbeugender" Polizeiangriff

An der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde demonstrierten am 14. Januar dieses Jahres weit über 100 000 Menschen ihr Andenken an die am 15. Januar 1919 in Berlin ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

"Luxemburg, Liebknecht, Lenin. Niemand ist vergessen. Aufstehen und Widersetzen" war die zentrale Losung. Eine große Zahl linker Organisationen hatte sich hier für einen Tag zum Gedenken vereint - Organisationen, die im alltäglichen Kampf sonst selten oder nie zusammenarbeiten: PDS, DKP, MLPD, FDJ, MLKP, VSP und diverse KPD-Vereinigungen waren anwesend - organisiert wurde das Gedenken traditionell von PDS (zur Zeit der DDR selbstverständlich noch von der SED) und ihr nahestehenden linken Gruppen.

Waren die früheren Demonstrationen ausschließlich Gedenkfeiern, die von Staat und Polizei unbehelligt blieben, wurde in diesem Jahr das Gedenken an Karl und Rosa zum ersten Mal von Polizeikräften angegriffen.

Wir dokumentieren im folgenden den Bericht von Brigitte Zimmermann im Neuen Deutschland vom 15.1.96, einige Augenzeugenberichte sowie einzelne Texte von Karl und Rosa.

Bericht aus ND vom 15.1.96:

Der zweite Sonntag im Januar war naßkalt wie immer. Dennoch kamen 100 000

BerlinerInnen und Berliner sowie Gäste von außerhalb nach Friedrichsfelde in die Gedenkstätte der Sozialisten. Die PDS, weitere linke Organisationen

Bürgerinitiativen hatten zu der Demonstration eingeladen, die seit Jahren die bestbesuchte politische Kundgebung der Hauptstadt ist. Sie vereint für einige

Momente des Innehaltens Linke der verschiedensten Anschauungen. Eine Gemeinsamkeit, die meist am Ausgang der Gedenkstätte schon wieder aufgegeben wird. Dort streiten die verschiedensten Gruppierungen in Wort und Schrift.

Zweieinhalb Stunden blieb der Zug gestern fast schmucklos. Ein paar vereinzelte rote Fahnen, einige wenige der PDS. Die Menschen brachten nur sich selbst mit. Und rote Nelken, die dann nicht allein die Gräber von Karl und Rosa bedeckten. Ein Kollege, im Osten nicht so bewandert, fragte erstaunt, warum am Gedenkstein für Werner Lamberz so viele Blumen liegen. Wie soll man das erklären? Hätte er hinter der Rondellmauer auf die Gräber am Pergolenweg geblickt, wäre ihm aufgefallen, daß dort der Stein für Konrad Wolf sehr oft besucht und mit Nelken geschmückt wurde.

Der lebhafteste Teil des



Die "Bewaffnung" braucht nicht nur in Zähnen zu bestehen; "bis an die Zähne bewaffnet" kann man auch mit Papierfähnchen der ERNK sein ...

langen Zuges erreichte die Gedenkstätte gegen 12 Uhr. Jener, der um zehn Uhr am Platz der Vereinten Nationen (früher Leninplatz) losmarschiert war. (...)

Nicht wenige dieser Demonstranten waren aufgebracht über das Verhalten der Polizei, die nach

Augenzeugenberichten in der Nähe der Mainzer Straße und vor der Gedenkstätte friedliche Teilnehmer im Zug angriff und einige festnahm, vermutlich, weil eine kleine Fahne auf Sympathisanten der PKK schließen ließ. Trotz der Deeskalationsversuche vieler kam es zu Schlägereien mit einzelnen Teilnehmern, die sich nach Ende der Veranstaltung fortsetzten. Es gab Verletzte. Die PDS betonte in einer Erklärung ihr dringendes Interesse, daß die Veranstaltung nicht kriminalisiert und für andere Zwecke mißbraucht wird.

Die Ehre der SPD, deren überragende Mitglieder Karl Liebkecht und Rosa Luxemburg waren,



... und die Polizei mit "Begeisterung" dabei

hielten Vertreter des Berliner Landesverbandes der Jusos hoch, sonst offiziell niemand. Sie legten am Gedenkstein einen Kranz nieder, wie zu Beginn auch die Spitze der PDS mit Hans Modrow, Lothar Bisky, Gregor Gysi und Petra Pau. (...)."

Was geschah am 15. Januar 1919 in Berlin ?

Vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919 tagte in Berlin der Gründungsparteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Karl und Rosa haben neben anderen bekannten Sozialisten wie Max Levien, Eugen Levine, Leo Jogiches, Wilhelm Pieck, Otto Rühle, Paul Levi oder Käthe und Hermann Duncker u.a. als Delegierte an diesem Parteitag teilgenommen.

Rosa hat auf diesem Parteitag in ihrem Referat ausgeführt:

"Wir sind wieder bei Marx, unter seinem Banner. Wenn wir heute in unserem Programm erklären: Die unmittelbare Aufgabe des Proletariats ist keine andere als - in wenigen Worten zusammengefaßt - den Sozialismus zur Wahrheit und Tat zu machen und den Kapitalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten, so stellen wir uns auf den Boden, auf dem Marx und Engels 1848 standen und von dem sie prinzipiell nie abgewichen waren. Jetzt zeigt sich, was wahrer Marxismus ist und was dieser Ersatz-Marxismus war, der sich als offizieller Marxismus in der deutschen Sozialdemokratie so lange breitmachte. (...) Wahrer Marxismus kämpft auch gegen jene, die ihn zu verfälschen suchten, er wühlte wie ein Maulwurf in den

Grundfesten der kapitalistischen Gesellschaft, und er hat dazu geführt, daß heute der beste Teil des deutschen Proletariats unter unserer Fahne, unter der Sturmflagge der Revolution marschiert und wir auch drüben, wo die Konterrevolution noch zu herrschen scheint, unsere Anhänger und künftigen Mitkämpfer besitzen."

Die Gründung der KPD erfolgte in den Kämpfen der Arbeiterbewegung, die in den November- und Dezembertagen des Jahres 1918 zum ersten und bislang einzigen Mal in Deutschland begonnen hatte, auf revolutionärem Weg die Macht zu ergreifen.

Schon am Tag der Gründung der KPD, am 30. Dezember, schrieb die "Deutsche Allgemeine Zeitung", daß zu ihrer "Niederwerfung Theorien nicht genügen" und man bereit sein müsse, den Kommunisten "Gewalt gegenüberzustellen". Offen wurde mit Riesenplakaten an Litfaßsäulen zum Mord aufgerufen: "Schlagt ihre Führer tot ! Tötet Liebknecht ! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben."

Bereits Anfang Dezember 1918 hatte die Oberste Heeresleitung mit der Aufstellung von Freiwilligenverbänden begonnen. Diese sogenannten Freikorps setzten sich in der Hauptsache aus Offizieren und aktiven Unteroffizieren der alten Armee, aus reaktionären Studenten und aus kleinbürgerlichen und lumpenproletarischen Elementen zusammen. Ende Dezember wurden die ersten dieser Einheiten in Stärke von insgesamt etwa 10 000 Mann unter dem Befehl des Generals Walther Freiherr von Lüttwitz im Süden und Südwesten von Berlin zusammengezogen. Diese Vorbereitungen auf den Bürgerkrieg waren mit Friedrich Ebert vereinbart, der bereits am 4. Januar 1919

gemeinsam mit Gustav Noske Freikorpsverbände im Lager Zossen besichtigte.

Den Oberbefehl über die konterrevolutionären Verbände übertrug die Regierung Anfang Januar 1919 Gustav Noske, der mit den Worten "Meinetwegen. Einer muß der Bluthund werden, ich scheue die Verantwortung nicht !" das Amt des Henkers der Revolution übernahm.

Nach der Absetzung des Berliner Polizeipräsidenten, des linken unabhängigen Sozialdemokraten Emil Eichhorn, schrieb die Rote Fahne am 5. Januar: "Der Streich gegen Eichhorn richtet sich nicht gegen seine Person, sondern gegen die Sache der Revolution. Die Arbeiterschaft kann diese Provokation nicht ruhig hinnehmen."

Die revolutionären Obleute, die Berliner Leitung der USPD und die Zentrale der KPD riefen gemeinsam die Werktätigen und die Soldaten zum politischen Massenstreik und zu Kundgebungen und Demonstrationen für die Rücknahme der

Anzeige

Küche aus 1001 Nacht gewisser

KOKILLE



Original türkische
Küche

Bochum, Südring 24
Tel. 66611
geöffnet
Montags bis Sonntags
18.00 Uhr bis 3.00 Uhr
nachts

Absetzung Emil Eichhorns, für die Entwaffnung der Konterrevolution und die Bewaffnung der Arbeiter auf.

Mehr als hunderttausend Arbeiter und Soldaten folgten dem Aufruf und zogen am 5. Januar in riesigen Marschsäulen unter Losungen wie "Nieder mit Ebert-Scheidemann" zum Polizeipräsidium. An der Spitze marschierten bewaffnete Gruppen des Roten Soldatenbundes und der Großbetriebe. Lastautos, von den Arbeitern der Waffenfabriken mit Maschinengewehren besetzt, sicherten die Demonstration, der sich unterwegs immer neue Züge anschlossen. Bald stauten sich die Menschen vor dem Polizeipräsidium; der Alexanderplatz und die umliegenden Straßen waren gedrängt voll. Vom Balkon des Gebäudes sprachen Ernst Däumig, Emil Eichhorn, Georg Ledebour und Karl Liebknecht zu den Massen, die stürmisch nach Waffen verlangten.

Die Beratung am Abend des 5. Januar beschloß, die Berliner Arbeiter und Soldaten für den 6. Januar zum bewaffneten Kampf für den Sturz der Regierung Ebert-Scheidemann und für die Eroberung der "Macht des revolutionären Proletariats" aufzurufen. Zur Leitung des Kampfes bildete sich ein Revolutionsausschuß aus 33 Mitgliedern.

Auf Veranlassung der Kommunisten und einiger revolutionärer Obleute gelang es am 6. Januar, aus den staatlichen Depots und Werkstätten in Spandau und Wittenau Waffen nach Berlin zu schaffen. Sie wurden zusammen mit kleineren Beständen der Volksmarinedivision und des Polizeipräsidioms verteilt, so daß etwa 3000 Arbeiter Gewehre erhalten konnten. Trupps bewaffneter Arbeiter und Soldaten besetzten die Reichsdruckerei, das Proviantamt, die Eisenbahndirektion und das

Haupttelegraphenamt. Die Pionierkaserne in der Köpenicker Straße wurde unter Einsatz von Geschützen gestürmt.

Es gelang nicht, die Berliner Kommandantur und das Kriegsministerium zu erobern.

In den nächsten Tagen wurden der Anhalter, der Postdamer und der Schlesische Bahnhof von revolutionären Arbeitern besetzt. Viele wichtige Positionen und Objekte aber blieben unbeachtet.

Am 8. Januar begann der Angriff der Regierungstruppen. Zuerst stürmten die Freikorps die Eisenbahndirektion und den Anhalter Bahnhof. Am nächsten Tag kam es zu heftigen Kämpfen am Brandenburger Tor. Die Reichsdruckerei fiel durch Verrat in die Hände der Regierungstruppen. Die Versuche aber, das Zeitungsviertel zu stürmen, wurden nach hartnäckigen Kämpfen unter schweren Verlusten für die Angreifer abgeschlagen. In der Nacht vom 9. zum 10. Januar fiel die Druckerei der Roten Fahne in die Hände der Nosketruppen. Am 10. Januar drangen die Freikorps in Spandau ein. Unter Einsatz von

Artillerie wurden die Verteidiger niedergeschlagen.

In den Morgenstunden des 11. Januar begann der Sturm der Regierungstruppen auf das "Vorwärts"-Gebäude. Der erste Angriff brach im Abwehrfeuer der Verteidiger zusammen. Nun schossen die Noskegardien zwei Stunden lang mit Feldgeschützen und Minenwerfern auf das befestigte Gebäude. Nach zwei Stunden war das "Vorwärts"-Gebäude zu einer brennenden Ruine geworden und mußte von den Verteidigern aufgegeben werden.

Parlamentäre, die die Besatzung zu Übergabeverhandlungen hinausgeschickte, wurden bestialisch zugerichtet und ermordet. 300 revolutionäre Arbeiter mußten sich ergeben. Sie wurden mit Peitschen und Gewehrkolben schwer mißhandelt, ein Teil von ihnen wurde erschossen.

Berlin wurde von den Nosketruppen völlig besetzt, über die Stadt wurde der Belagerungszustand verhängt. In den Arbeiterquartieren wütete der Terror. Die Kommunisten und ihre Führer wurden gejagt. Tausende von Arbeitern wurden verhaftet und

Anzeige

BUCHLADEN TARANTA BABU



- LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
- SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
- SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE •
- ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
- MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00

Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)

44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch

mißhandelt. Personen, bei denen man Waffen oder die Mitgliedskarte der KPD fand, wurden erschossen. Die Bourgeoisie forderte "Rache an Spartakus".

Trotz aller Verfolgung erschien auch in diesen schweren Tagen die Rote Fahne. Sie veröffentlichte am 15. Januar den berühmten gewordenen Artikel Karl Liebknechts "Trotz alledem!". Noch am selben Tag, am Abend des 15. Januar 1919, fielen Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in ihrem illegalen Quartier in Wilmsdorf den weißgardistischen Truppen in die Hände und wurden zum Eden-Hotel, dem Stabsquartier der konterrevolutionären Gardekavallerie-schützendivision, gebracht. Nach kurzem Verhör wurde Karl Liebknecht in ein Auto gezwängt, mit einem Gewehrkolben niedergeschlagen und in den Tiergarten gefahren, wo ihn die begleitenden Offiziere hinterücks niederschossen. Kurze Zeit später wurde auch Rosa Luxemburg hinausgeführt, am Hotelausgang niedergeschlagen und in ein bereitstehendes Auto geschleppt, das schnell davonfuhr. Unterwegs schoß man ihr eine Kugel durch den Kopf und warf den Leichnam in den Landwehrkanal. Unter den verlogenen Schlagzeilen "Liebknecht auf der Flucht erschossen! Rosa Luxemburg von der Menge getötet!" berichtete die reaktionäre bürgerliche Presse mit kaum verhohlenem Triumph über die Mordtat.

In einer Massendemonstration unter Teilnahme von Delegierten revolutionärer Arbeiter aus ganz Deutschland trug das Berliner Proletariat am 25. Januar Karl Liebknecht und 31 der ermordeten Januarkämpfer zu Grabe.

(aus: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 3)

Karl Liebknecht, Rote Fahne am 15. Januar 1919:

"Trotz alledem!"

"Jawohl! Geschlagen wurden die revolutionären Arbeiter Berlins! Niedergemetzelt an die Hunderte ihrer Besten! (...)

Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.

Die Besiegten der blutigen Januarwoche, sie haben ruhmvoll bestanden; sie haben um Großes gestritten, ums edelste Ziel der leidenden Menschheit (...).

Die Geschlagenen von heute werden die Sieger von morgen sein. Denn die Niederlage ist ihre Lehre (...).

Denn Spartakus - das heißt Feuer und Geist, das heißt Seele und Herz, das heißt Wille und Tat der Revolution des Proletariats (...). Denn Spartakus, das heißt Sozialismus und Weltrevolution.

Noch ist der Golgathaweg der deutschen Arbeiterklasse nicht beendet - aber der Tag der Erlösung naht (...). Himmelhoch schlagen die Wogen der

Ereignisse - wir sind es gewohnt, vom Gipfel in die Tiefe geschleudert zu werden. Aber unsere Schirff zieht seinen geraden Kurs fest und stolz dahin bis zum Ziel.

Und ob wir dann noch leben werden, wenn es erreicht wird - leben wird unser Programm; es wird die Welt der erlösten Menschheit beherrschen. Trotz alledem!"

"Ich war, ich bin, ich werde sein"

Zum 125. Geburtstag Rosa Luxemburgs - eine Kurzauswahl aus ihren Schriften

Es ist ein toller Wahn zu glauben, die Kapitalisten würden sich gutwillig dem sozialistischen Verdikt eines Parlaments, einer Nationalversammlung fügen, sie würden ruhig auf den Besitz, den Profit, das Vorrecht der Ausbeutung verzichten. Alle herrschenden Klassen haben um ihre Vorrechte bis zuletzt mit zähester Energie gerungen. Die römischen Patrizier wie die mittelalterlichen Feudalbarone, die englischen Kavaliers wie die amerikanischen Sklavenhändler,

Attatroll Buchladen

45657 Recklinghausen Herner Str. 16

☎ 02361 / 17002

"Jetzt sind freilich aufgeklärter
Diese Menschen, und sie töten
Nicht einander mehr aus Eifer
Für die himmlischen Interessen. -

Partner der
Büchergilde

Partner der
Büchergilde

"Nein, nicht mehr der fromme Wahn,
Nicht die Schwärmerei, nicht Tollheit,
Sondern Eigennutz und Selbstsucht
Treibe sie jetzt zu Mord und Totschlag.
Heinrich Heine "Atta Troll"

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30 & Sa 9.00-14.00

die walachischen Bojaren wie die Lyoner Seidenfabrikanten - sie haben alle Ströme von Blut vergossen, sie sind über Leichen, Mord und Brand geschritten, sie haben Bürgerkrieg und Landesverrat angestiftet, um ihre Vorrechte und ihre Macht zu verteidigen.

Die imperialistische Kapitalistenklasse überbietet als letzter Sproß der Ausbeuterklasse die Brutalität, den unverhüllten Zynismus, die Niedertracht aller ihrer Vorgänger. Sie wird ihr Allerheiligstes, ihren Profit, und ihr Vorrecht der Ausbeutung mit Zähnen und mit Nägeln, mit jenen Methoden der kalten Bosheit verteidigen, die sie in der ganzen Geschichte der Kolonialpolitik und in dem letzten Weltkrieg an den Tag gelegt hat. Sie wird Himmel und Hölle gegen das Proletariat in Bewegung setzen. Sie wird das Bauerntum gegen die Städte mobil machen, sie wird rückständige Arbeiterschichten gegen die sozialistische Avantgarde aufhetzen, sie wird mit Offizieren Metzereien anstiften, sie wird jede sozialistische Maßnahme durch tausend Mittel der passiven Resistenz lahmzulegen suchen, sie wird der Revolution zwanzig Vendeen auf den Hals hetzen, sie wird den äußeren

Feind (...) als Retter ins Land rufen, sie wird lieber das Land in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln, als freiwillig die Lohnsklaverei preisgeben.

All dieser Widerstand muß Schritt um Schritt mit eiserner Faust, mit rücksichtsloser Energie gebrochen werden. Der Gewalt der bürgerlichen Gegenrevolution muß die revolutionäre Gewalt des Proletariats entgegengestellt werden. (...)

Nicht wo der Lohnsklave neben dem Kapitalisten, der Landproletarier neben dem Junker in verlogener Gleichheit sitzen, um über ihre Lebensfragen parlamentarisch zu debattieren, dort, wo die millionenköpfige Proletariatsmasse die ganze Staatsgewalt mit ihrer schwierigen Faust ergreift, um sie wie der Gott Thor seinen Hammer den herrschenden Klassen aufs Haupt zu schmettern, dort allein ist die Demokratie, die kein Volksbetrug ist."

Was will der Spartakusbund ? (1918)

Geschändet, entehrt, im Blute wattend, von Schmutz triefend - so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, gelect und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt - als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.

Die Krise der Sozialdemokratie (1915)

Ach, wie ist diese deutsche Revolution - deutsch ! Wie ist sie nüchtern, pedantisch, ohne Schwung, ohne Glanz, ohne Größe. Die vergessene Todesstrafe ist nur ein kleiner, einzelner Zug. Aber wie pflegt sich gerade in solchen kleinen Zügen

der innere Geist des Ganzen zu verraten ! (...)

Blut ist in den vier Jahren des imperialistischen Völkermordes in Strömen, in Bächen geflossen. Jetzt muß jeder Tropfen des kostbaren Saftes mit Ehrfurcht, in kristallinen Schalen gehütet werden. Rücksichtslose revolutionäre Tatkraft und weitherzigste Menschlichkeit - dies allein ist der wahre Odem des Sozialismus. Eine Welt muß umgestürzt werden, aber jede Träne, die geflossen ist, obwohl sie abgewischt werden konnte, ist eine Anklage, und ein zu wichtigem Tun eilender Mensch, der aus roher Unachtsamkeit einen armen Wurm zertritt, begeht ein Verbrechen.

Eine Ehrenpflicht (1918)

"Ordnung herrscht in Warschau !" "Ordnung herrscht in Paris !" "Ordnung herrscht in Berlin !" So laufen die Meldungen der Hüter der "Ordnung" jedes halbe Jahrhundert von einem Zentrum des weltgeschichtlichen Kampfes zum anderen. Und die frohlockenden "Sieger" merken nicht, daß eine "Ordnung", die periodisch durch blutige Metzereien aufrechterhalten werden muß, unaufhaltsam ihrem historischen Geschick, ihrem Untergang entgegengeht (...)

"Ordnung herrscht in Berlin !" Ihr stumpfen Schergen " Eure "Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon "rasselnd wieder in die Höh' richten" und zu eurem Schrecken und Posaunenklang verkünden:

Ich war, ich bin, ich werde sein !

Die Ordnung herrscht in Berlin (1919)

(aus: SoZ Nr. 5 v. 7.3.96)

Cafe Alibi

Kaiserwall 11a

45657 Recklinghausen

☎ 02361/ 27709

Mo.-Fr. ab 9.30 Uhr

Sa + So ab 18.00 Uhr

ZEUGENAUSSAGEN ZUM POLIZEIAUFMARSCH AM 14. JANUAR

"Als ich mich umdrehte, sah ich dicht vor mir einen Polizeitrupp, der direkt auf mich zugelaufen kam. Ehe ich reagieren konnte, wurde ich überrannt und stürzte rücklings auf den Boden. Neben dem Schrecken und beschmutzten Sachen trug ich Rückenbeschwerden davon, die bis heute - reichlich 36 Stunden danach - zunächst einmal anhalten.

B.H., Berlin

"...Ein junges Mädchen links von mir wurde von den Schlägen eines Polizisten mit voller Wucht ins Gesicht getroffen. Rechts neben mir brach ein junger Mann nach Tritten in den Unterleib ohnmächtig zusammen. Als ich eine halbe Stunde später noch einmal einen Blick auf den Vorplatz werfen konnte, waren alle Teilnehmer aus der Gedenkstätte entfernt worden, der Eingang wurde von mehreren Polizeiketten versperrt."

H. -U. B.

"An der Stelle, wo ich über die Straße gehen wollte, stand ein Polizeiwagen, Fahrtrichtung Gedenkstätte. Dieser Wagen fuhr mehrmals vor und zurück. Schließlich bewegte sich der Wagen nicht mehr. In dem Moment ging eine kleine Gruppe von Menschen vor den Wagen auf die Straße. Der Polizeiwagen fuhr sofort an und rammte die Gruppe mit seiner linken Seite. Einer oder

zwei der Menschen straukelten dabei. Ich habe spontan nach Papier und Stift gesucht und das Kennzeichen des Polizeiwagens aufgeschrieben. Das Kennzeichen ist: B-7986. Nachdem ich die Nummer notiert hatte, sah ich, daß am Straßenrand ein Mann saß, der durch das Polizeiauto verletzt worden war. Ein Arzt, der zufällig in der Nähe war, kümmerte sich um den Verletzten."

E.P., Berlin.

"... Die Polizisten rannten in Richtung Gedenkstätte mitten in die Menschenmenge mit Frauen, Kindern und alten Menschen. Inzwischen waren die Mannschaftswagen gestartet und fuhren mit hoher Geschwindigkeit die Gudrunstraße hinab Richtung Gedenkstätte, mitten hinein in die Menschenmenge. Im gleichen Moment stürzte eine Polizeimannschaft auf uns zu. Einer der Polizisten schlug mir mit der ausgestreckten Faust ins Gesicht. Ich war sofort hilflos und ging zu Boden, wobei meine Jacke an den Ärmeln zerrissen wurde. Weil meine linke Gesichtshälfte sofort anschwellte und schmerzte, hielten wir es für besser, sofort einen Arzt aufzusuchen, wo ich untersucht und auch geröntgt wurde. Falls Sie diese Aussage

im Rahmen einer Anzeige gegen die Berliner Polizei nicht verwenden, bitte ich Sie, mich zu informieren, da ich ansonsten auch die Absicht habe, eine Anzeige wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung zu stellen."

M. St., Berlin

(aus: antifa Nr. 3/96)

Ab 15.2.96 in Buch- und Infoläden oder zu bestellen für 5.- DM + 2.- DM Porto:

Antifaschistisches **INFO 33** BLATT

aus dem Inhalt:

- Rechte Sammlungsbestrebungen in Deutschland und Österreich
- Nazis in der Hermann-Niermann-Stiftung
- Diskussion "Neue Rechte"
- Antifa-Aktion ganz unkonventionell
- Frauen in Lagerbordellen
- Spuren in Sachen Briefbomben
- Beilage: "Faschismus in den USA"

Das Antifaschistische Infoblatt gibt es seit '87.

Es erscheint alle 2-3 Monate bundesweit mit ca. 50 Seiten und ist Arbeitsgrundlage für antifaschistische Aktivitäten von Einzelpersonen und Gruppen.

Es ist eine nichtkommerzielle Zeitung, die von aktiven AntifaschistInnen im Eigenverlag herausgegeben wird.

Ein Abo über 5 Ausgaben kostet 30.- DM.

Antifa Infoblatt
c/o L. Meyer
Gneisenastr. 2a
10961 Berlin

NEWROZ 1996 - EIN FRIEDEN IN KURDISTAN IST MÖGLICH

Newroz

Der 21. März ist ein Neujahrsfest, das den beginnenden Frühling feiert.

Newroz

wird von Kurdiinnen und Kurden als Symbol des jahrhunderte währenden Widerstandes gefeiert. Es basiert auf einer Legende aus dem Jahre 612 vor unserer Zeitrechnung. Damals erhoben sich kurdische Krieger unter der Führung des Schmiedes Kawa gegen Dehak, den assyrischen Herrscher. Die in dieser Nacht entfachten Feuer gaben das Signal für die Aufständischen im ganzen Land, so daß der Tyrann besiegt wurde.

Newroz

ist daher auch heute das Symbol des Widerstandes der KurdInnen gegen politische, soziale und kulturelle Unterdrückung.

Newroz

wird seit der Aufnahme des bewaffneten Kampfes im türkisch besetzten Teil Kurdistans verstärkt mit großen Demonstrationen und Festen gefeiert. Da es Ausdruck des kurdischen Selbstbewußtseins ist, wird es von der türkischen Regierung mit "Terrorismus" gleichgesetzt, verboten und verfolgt. Oder es wird, wie im letzten Jahr, zwangsassimiliert, d.h. zu einem türkischen Fest erklärt und umgewandelt.

Newroz

steht für die Massaker an über 100 friedlich feiernden Menschen durch die türkische Armee im Jahre 1992. Seitdem gab es immer wieder Angriffe auf vereinzelte Newrozfeiern, häufig wurden Dörfer direkt nach dem Fest dem Erdboden gleichgemacht. Diese Massaker

wurden mit Hilfe deutscher Waffen durchgeführt.

Newroz

steht auch für die verbotenen Feiern in der Bundesrepublik in den Jahren '94 und '95. Aufgrund dieser Verbote kam es auf Autobahnen, wo die Anreisenden an

der Weiterfahrt gehindert wurden, zu spontanen Protestaktionen, die durch den brutalen Polizeieinsatz eskalierten. Sie wurden zum Anlaß genommen für eine Hetzkampagne von Seiten vieler PolitikerInnen und Medien, die immer noch anhält.

Kurdistan-Rundbrief

Das Bulletin der Kurdistan- Solidaritätsbewegung und des Kurdistan-Komitees

erscheint alle 14 Tage
die aktuellste deutschsprachige Publikation

berichtet

- * aus Kurdistan
- * über die Solidaritätsbewegung
- * von den Kurdenkongressen
- * Dokumente
- * u.v.a.

mindestens 8 Seiten

26mal im Jahr

Jahresabonnement 52,- DM

Buch- und Infoläden bekommen 30% Rabatt, andere Weiterverkäufer bekommen das Heft für 1,-DM pro Stück

Bestellungen an:

GNN-Verlag
Zülpicher Str.7
Postfach 260226
50674 Köln

Überweisungen an:

BfG Köln,
BLZ 370 101 11, Konto Nr. 11 44 39 36 00
oder an
Postgiroamt Köln,
BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19-507.

Hiermit abonniere ich Exemplare des
Kurdistan-Rundbrief

.....
.....
.....

Ausschneiden u. schicken an:

GNN-Verlag,
Zülpicher Str.7,
50674 Köln

BUNDESWEITE KAMPAGNE GEGEN DIE KURDEN-POLITIK DER BUNDESREGIERUNG

Bochum, 20.2.1996

In den letzten Monaten beobachten wir eine **Zunahme der Angriffe der deutschen Polizei und Behörden gegen die kurdische Bevölkerung** in Deutschland.

Durch den letzten Bericht von Staatsminister Schmidt-bauer und des Generalbundesanwalts Nehm sind die **Kurden in aller Öffentlichkeit zur Zielscheibe erklärt** worden. Diese Erklärungen dienen u.a. dazu, die **vergangenen und bevorstehenden Angriffe der bundesdeutschen Behörden gegen die Kurden** zu legitimieren, indem man sie als die

gefährlichste ausländische Gruppierung diffamiert, die die innere Sicherheit massiv gefährde.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken und unseren Protest zu bekunden, haben wir heute mit unserer bundesweiten Kampagne begonnen. Wir möchten mit unserer Kampagne eine objektive Aufklärung der deutschen Öffentlichkeit über die Situation der Kurdinnen sowohl in Kurdistan als auch in Deutschland betreiben. Im Rahmen dieser Kampagne werden wir u.a. in fast allen deutschen Städten Informationsstände organisieren.

Wir, die **Föderation der kurdischen Vereine in Deutschland (YEK-KOM)**, haben zu dieser Kampagne, die bis **Mitte März** andauern wird, 12 unserer Mitgliedsvereine und 40 weitere Vereine, mit denen wir in enger Zusammenarbeit stehen, aufgerufen.

Für weitere fragen und Informationen stehen wir Ihnen zur Verfügung.

**YEK-KOM,
Von-Gall-Str.2,
44807 Bochum**

AUFRUF ZUR NEWROZ - DEMONSTRATION AM 21. MÄRZ 1996 IN MAINZ

Wir wünschen uns, daß das Newrozfest 1996 hier, in Kurdistan und in der Westtürkei zu einem Fest des Friedens und der Freiheit werden kann. Doch es gibt leider wenig Anzeichen dafür, daß der Völkermord in Kurdistan bald ein Ende findet.

Die kurdische Arbeiterpartei PKK hat am 14.12.1995 einen einseitigen Waffenstillstand ausgerufen und damit den ersten Schritt in Richtung der Aufnahme eines politischen Dialogs vollzogen. Die türkischen Verantwortlichen reagieren auf dieses Angebot bisher nicht, mit der Begründung, mit "Terroristen" nicht zu verhandeln. Die gleiche Argumentation vertritt die deutsche Regierung, die statt einer Unterstützung des Waffenstillstandes zahlreiche kurdische FunktionsträgerInnen inhaftiert. Andere europäische Staaten verhalten sich wesentlich differenzierter, indem sie die Forderung nach Waffenstillstand unterstützen. RepräsentantInnen von Parteien, Verbänden und des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik unterstützen mit einem **"Hannoveraner Appell"** das Waffenstillstandsangebot.

Daher dürfen wir besonders in diesem Jahr zu Newroz nicht schweigen. Wir wollen gemeinsam mit Kurdinnen und Kurden das Newrozfest feiern und gegen die Massaker in Kurdistan demonstrieren. Denn wir tragen eine Verantwortung dafür, daß die Bundesregierung es sich leisten kann, weiterhin durch materielle (Waffenlieferungen, Wirtschaftshilfe etc) und politische Unterstützung ihrer Nato-Partnerin Türkei ihren Teil zum Völkermord in Kurdistan beizutragen.

Wir fordern:

- **die Unterstützung des Waffenstillstandes in Kurdistan !**
- **die Einstellung der politischen und materiellen deutschen Beihilfe am Völkermord in Kurdistan !**
- **keine Behinderungen/Verbote der kurdischen Newrozfeiern in der BRD !**

- keine Kriminalisierung der kurdischen Bevölkerung in der BRD !
- keine Abschiebungen in den Folterstaat Türkei !

DEMONSTRATION: 21. MÄRZ, 18.00 UHR, THEATERPLATZ, MAINZ

MENSCHENRECHTSDELEGATIONEN NACH KURDISTAN ZU NEWROZ 1996

Seit zwei Jahren fahren Hunderte von internationalen Menschenrechtsbeobachtern zum **kurdischen Neujahrsfest - Newroz** - im März nach Kurdistan. Daraus ist eine feste Einrichtung geworden.

Allein während des Newrozfestes 1995 haben zweihundert Beobachter aus neun europäischen Ländern und aus Kanada mit ihrer Anwesenheit einen punktuellen Schutz der kurdischen Zivilbevölkerung vor den Angriffen der türkischen "Sicherheitskräfte" gewährleistet. Weiterhin konnten wichtiges Beweismaterial in Form von Augenzeugenberichten und Fotos für das Ausmaß der begangenen Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und der Öffentlichkeit vorgelegt werden. Auch im März 1996 werden die Kurdinnen und Kurden Newroz feiern. Und wie auch in den letzten Jahren sind in diesem Zeitraum militärische Übergriffe gegenüber einer friedlich feiernden Zivilbevölkerung zu erwarten. Noch immer stellt Kurdistan ein abgeriegeltes Land dar. Noch immer finden Dorfzerstörungen und Vertreibungen statt. Kurdistans Erde wird verbrannt, seine Wälder und Äcker vermint, der ansässigen Bevölkerung soll jede Lebensgrundlage genommen werden. Seine Menschen werden zu Millionen zur Flucht gezwungen, um in den Flüchtlingslagern in Zelten aus Plastikplanen zu verharren.

Das freie Wort wird verfolgt. Kritiker dieser Zustände verbringen hohe Haftstrafen in türkischen Gefängnissen. Ihre Gedanken und Schreiben des Protests gegen diesen Krieg macht sie zu "Gedankenschuldigen", wie die türkische Justiz ihr Delikt titulierte. Es droht die Folter, das "Verschwindenlassen", die extralegale Hinrichtung. Gewählte kurdische Abgeordnete der DEP (Demokratiepartei) und Verteidiger der Menschenrechte werden trotz internationaler Proteste zu langjährigen Strafen verurteilt.

Vor diesem Hintergrund können die von der türkischen Regierung eingeleiteten Maßnahmen zur

"Reformierung türkischer Gesetze" nur als untaugliche Versuche bezeichnet werden, um einer europäischen Öffentlichkeit eine Verbesserung der Menschenrechtslage zu suggerieren. Ein ernsthaftes Bemühen ist dies nicht. Weder sind durch diese "Reformen" die türkischen Anti-Terror-Gesetze berührt, noch wird der seit Jahren herrschende Ausnahmezustand in den kurdischen Gebieten aufgehoben. Noch immer wird derjenige verfolgt, der sich für einen Frieden zwischen Türken und Kurden einsetzt.

Die Türkei macht in vielerlei Hinsicht deutlich, daß ihr Zeugen ihrer fortwährenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht erwünscht sind.

Das alles macht Ihre Präsenz um so dringlicher.

In diesem Sinne wenden wir uns an alle Interessierten, anknüpfend an die Ergebnisse der 200 Beobachter aus Europa und Kanada während des letzten Newrozfestes, schwerpunktmäßig im **Zeitraum vom 18.3. bis 15.4.1996**, an Delegationen teilzunehmen.

Ihre Anwesenheit bedeutet moralische Unterstützung und Schutz für die Zivilbevölkerung!

- Sie erbringen Beweise für Menschenrechtsverletzungen !
- Sie können als Spezialist die medizinischen, psychischen, ökologischen Folgen des Krieges untersuchen!
- Sie können die Menschenrechtsarbeit in Kurdistan stärken!

**KOORDINATIONSBÜRO
NEWROZ**

Obermainanlage 7
60 314 Frankfurt/M.

POLIZEI BESCHLAGNAHMT BILDER DES KURDISTAN- ZENTRUMS BONN

Im Rahmen einer Öffentlichkeitskampagne der **Konföderation Kurdischer Vereine in der BRD (YEK-KOM)** beteiligt sich das Kurdistan-Zentrum Bonn an mehreren Tagen in der Woche mit einem Informationsstand auf dem Bonner Münsterplatz.

Ziel der Kampagne ist die Aufklärung der bundesdeutschen Bevölkerung über Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan und über die Repression gegen sie in der Bundesrepublik - generelles Demonstrationsverbot, Festnahmen und Verfahren.

Heute, am **5.3.1996**, wurden Fotografien von der Polizei beschlagnahmt, die einen besonders brutalen Vorfall in **Hakkari (Kurdistan)** dokumentieren. "Gefahrenabwehrend" - heißt die Begründung und "Verstoß gegen das Kinder- und Jugendschutz-

gesetz".

Die Fotografien zeigen vier Leichname von kurdischen Guerillakämpfern, denen vom türkischen Militär Köpfe, Arme und Beine vom Rumpf getrennt wurden.

Wir protestieren aufs schärfste gegen die Beschlagnahme der Bilder. Wir sind der Meinung, daß die Öffentlichkeit auch mit solch brutalen Fotografien konfrontiert werden muß, mit dem Ziel, die politischen Zustände, die ein solches Handeln von Militärangehörigen erzeugt, fördert und immer weiter ausdehnt, wahrzunehmen und die deutsche Regierung aufzufordern, die Unterstützung der türkischen Regierung zu beenden.

Die Begründung "Verstoß gegen das Kinder- und Jugendschutzgesetz" empfinden wir als verlogen, da sich die Sorge der Polizei anscheinend nur auf deutsche Kinder bezieht. Für Kinder und Jugendliche in der Türkei und Kurdistan besteht schon lange kein Schutz mehr.

INFORMATIONEN- STELLE KURDI- STAN e.V.

Maxstr. 50
53 111 Bonn

Theater Kunst

Jonglieren

BALANCE

Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10⁰⁰-18⁰⁰
Samstags 10⁰⁰-14⁰⁰ & langer Samstag

Freiheit für Hanna Krabbe!

Sofort und bedingungslos

Außerdem: Benjamin Ramos Vega: Hungerstreik und Verfassungsklage +++ Frei nach 6 Monaten: „radikal“-Gefangene auf Kautions draußen +++ Krimineller Antifaschismus: Mammut-Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) +++ Völlig losgelöst: Das BKA droht zur Allmachtspolizei zu werden

für 3,50 DM in guten Buch- und Infocollagen
und bei Eurer Ortsgruppe
oder für 5,- DM in Briefmarken bei:
Rote Hilfe e.V., Postfach 6444, 24125 Kiel
Tel. + Fax: (0431) 751 41



**DIE
ROTE
HILFE**

7/96

OFFENER BRIEF AN DIE BUNDESREGIERUNG ZU DEN EREIGNISSEN IN DER TÜRKEI

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, sehr geehrter Herr Außenminister, sehr geehrter Herr Innenminister,

mit Entsetzen haben wir von den Ereignissen in Istanbul während der ersten Januarwoche 1996 gehört. Auch Ihnen wird bekannt sein, daß im **Sondergefängnis Ümraniye drei politische Gefangene bei einem Polizeieinsatz erschlagen** wurden. Eine unbekannte Zahl von Gefangenen wurde dabei so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus eingeliefert werden mußten. Sowohl Anwälten als auch Angehörigen wurde jeglicher Kontakt mit den Verletzten verboten. Bei der Beerdigung der drei erschlagenen Gefangenen wurden hunderte Menschen, die zum Friedhof wollten, festgenommen. Darunter auch der Journalist **Metin Göktepe** von der Tageszeitung **Evrensel**. Er wurde in der darauffolgenden Nacht erschlagen in einem Park gefunden. Offen wird in den Medien in der Türkei und in der Bevölkerung vom **"Staatsterrorismus"** gesprochen.

Im Namen der Bundesregierung haben Sie sich vehement dafür eingesetzt, daß es zur Zollunion

zwischen der Europäischen Union und der Türkei kommt. Dieser Vertrag trat am 1.1.1996 in Kraft. Sie alle setzen sich seit Jahren dafür ein, daß die Türkei sowohl wirtschaftlich als auch militärisch von der Bundesrepublik Deutschland unterstützt wird. Vor allem im Bereich der Polizeiausbildung und Polizeiausstattung wird in großem Umfang Unterstützung geleistet.

Wir fordern Sie, angesichts der jüngsten, grausamen staatlichen Morde in der Türkei auf, die wirtschaftliche und militärische Unterstützung an die Türkei einzustellen. Vorrangig und unbedingt muß die Zusammenarbeit auf polizeilicher Ebene gestoppt werden.

Wir fordern Sie auf, sich auf europäischer Ebene dafür einzusetzen, daß die Mitgliedschaft der Türkei im Europarat eingefroren wird. Die kommende Sitzung des Europarats vom 22. - 26. Januar bietet dafür die beste Gelegenheit.

In Erwartung Ihrer Antwort

Die Abgeordneten der PDS im Deutschen Bundestag

SONNENBLUME



Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2

45657 RECKLINGHAUSEN

AM HAUPTBAHNHOF

TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio- Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ u. 15⁰⁰ - 18³⁰ Uhr
Sa. 9⁰⁰ - 13⁰⁰ Uhr

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum

Tel. 0234/ 450590

FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle



Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SOLINGEN, HATTINGEN, LÜBECK ...

die Reihe der Vertuschungsmanöver
muß durchbrochen werden

Für den 23. März 1996 ab 13 Uhr ist eine bundesweite antifaschistische Demonstration in Lübeck angesagt. Dazu aufgerufen wird von den Überlebenden des Lübecker Brandanschlages am 18. Januar auf das Flüchtlingsheim an der Lübecker Hafenstraße, bei dem 10 Menschen in den Flammen umkamen und zahlreiche weitere z.T. schwere physische und psychische Verletzungen davontrugen. Unterstützt wird dieser Aufruf von Initiativen gegen Rassismus in Norddeutschland sowie von Flüchtlingsorganisationen.

Hauptforderung soll die Forderung der Freilassung des libanesischen Flüchtlings Safwan Eid sein, der kurz nach dem Brandanschlag von der Polizei festgenommen worden ist, weiterhin in U-Haft gehalten und seither in zahlreichen Medien, insbesondere auch dem Nachrichtenmagazin STERN, bereits als Täter behandelt wird, obwohl er dies bis heute energisch bestreitet. Auch die taz legte mit einem Kommentar von Christian Semler öffentlich Asche auf das Haupt aller, die hier "voreilig" einen Nazianschlag angenommen hatten. Die Ausländerfreunde mußten sich mit dem Gedanken vertraut machen, daß es auch böse Ausländer gebe. Eine Binsenweisheit, die peinlich an entsprechende Kontroversen über Antisemitismus und Philosemitismus anläßlich geforderter Solidarität zum palästinensischen Volk während der Intifada in den 80er Jahren erinnert, mit der einige "gute Deutsche" damals ihre ideologischen "Bauchschmerzen" gehabt haben mögen.

Weitere Forderungen der angekündigten Lübecker

Großdemonstration werden sich gegen die Politik wenden, Flüchtlinge hierzulande in offenbar besonders leicht brennbaren kasernenartigen Gebäuden unterzubringen, durch deren Abgelegenheit sie häufig möglichen Brandstiftern geradezu auf den Präsentierteller gelegt werden.

Der verwendete Slogan "Deutsche Täter unerwünscht!" ist dabei doppeldeutig: Gemeint sein könnte auf den ersten Blick, daß die deutschen Täter "personae non gratae" sind. Dann aber wäre die Forderung zu schwach. Man müßte deren ordnungsgemäße Aburteilung verlangen. Aber es steht ja noch gar nicht fest, wer denn eigentlich der/die Täter(in/nen) ist/sind.

Gemeint ist konkret, daß die Ermittlungen hier wie auch in anderen Fällen offenbar gezielt weg von möglichen deutschen Brandstiftern und zu Lasten der Opfer geführt werden. Immer wieder werden die aus mehreren Staaten Afrikas und Asiens gekommenen Flüchtlinge, die in dem abgebrannten Gebäude untergebracht worden waren, zu jeder Tages- und

Nachtzeit von der Polizei zu Verhören geschleppt, deren alleiniger Zweck darin besteht, den Festgenommenen zum Täter abzustempeln oder den/die Täter(in/nen) unter ihnen zu suchen. Denn daran, daß das gegen den öffentlich zum wahrscheinlichsten Täter abgestempelten libanesischen Flüchtling gesammelte Belastungsmaterial einem Staatsanwalt für eine Anklage nicht ausreichen dürfte, ist sich die Polizei, die praktisch seit der Festnahme dieses Mannes mit ihrer öffentlichen Informationspflicht über ihre Ermittlungen hinterm Berg hält, offensichtlich im klaren. Der Slogan soll aussagen, daß die deutsche Wirtschaft und Politik und damit auch die ihnen verpflichteten staatlichen Behörden nicht wünschen, daß es sich um einen/mehrere deutsche(n) Täter(in/nen) handeln könnte.

Die Bundesregierung und andere Offizielle haben sich alle erdenkliche Mühe gegeben, mit viel Tamtam eine der Überlebenden des Brandanschlages von Solingen, Mevlude Genc, mit Aufmerksamkeit zu bedenken,

und ihr sogar das Bundesverdienstkreuz verliehen, weil sie sich, obwohl durch den Verlust ihrer eigenen Kinder schwer getroffen, gegen den Haß unter den Völkern wendet und zu Versöhnung aufruft. Sie hat sich öffentlich nicht zu den Unerquicklichkeiten des Solinger Prozesses geäußert, etwa zu den weitgehend unaufgeklärt belassenen Verstrickungen des Landesverfassungsschutzes in den Brandanschlag oder zu dem dreisten Versuch, die Tat Türken in die Schuhe zu schieben. (Hätte man sie kurdischen Tätern, etwa der PKK, in die Schuhe schieben können, wie es das Nachrichtenmagazin FOCUS mal zart angedeutet hat, so wäre wohl sowohl die deutsche als auch die türkische Regierung hoch befriedigt gewesen.) Frau Genc wendet sich auch nicht gegen den Einsatz der Bundeswehr auf dem Balkan; somit kann sie sozusagen als die erkorene Verkünderin einer Pax Germanica und der "Versöhnung zwischen Deutschen und Türken", gemeint: des Zusammenspiels zwischen dem deutschen und dem türkischen Staat auf Kosten der jeweiligen Völker, ausgebeutet werden.

Es bleibt zu hoffen, daß diese Frau (deren Schmerz und Großmut zu respektieren sind) dieses Spiel einmal durchschaut und dann öffentlich aus der Reihe tanzt, auch wenn das für sie mit weiterem Ungemach verbunden sein kann, wie das Beispiel des Lübecker Bürgermeisters Michael Bouteiller zeigt, der für seinen mutigen Aufruf zu

zivilem Ungehorsam gegen unmenschliche Gesetze nicht nur Schelte von Offiziellen und SPD-Partei"freunden", sondern auch zahllose, teilweise massive Drohbriefe aus nazistischen und rassistischen Kreisen erhielt.

Auf "unterer" Ebene sieht das etwas härter aus: Nur wenig nach dem Brandanschlag auf das - inzwischen abgerissene und damit nicht mehr als Mahnmal verfügbare - Haus an der Wernerstraße in Solingen wurde auf ein von einer türkischen Familie bewohntes Haus in Hattingen ein Brandanschlag verübt. Nach Hoyerswerda, Rostock, Mölln usw. war das Maß dessen, was der deutschen und der Welt-Öffentlichkeit zugemutet werden durfte, offenbar voll. Getreu dem Ringelnatz-Vers: "und also schloß er messerscharf, daß nicht sein kann, was nicht sein darf", wurde bei den polizeilichen Ermittlungen gezielt jeder Hinweis auf eine Täterschaft von außerhalb des Hauses wegretuschiert, so daß schließlich die Bewohnerin des Hauses, Frau Ünver, Mutter von fünf Kindern, selbst zur Brandstifterin ernannt wurde und nun als solche in Essen vor Gericht steht. Bei der zweitägigen gerichtlichen Vernehmung der Kriminalbeamten kam allerdings zu Tage, daß alle Spuren, die auf Nazi-Kreise und damit auf eine Täterschaft außerhalb des Hauses wiesen, aus den Akten "hinweggelogen" worden sind. (Im Unterschied zu Ermittlungen türkischer Polizisten bei Ermordung von dem

Staat unliebsamen Personen soll die Akte offenbar nicht mit dem Vermerk "Täter unbekannt" geschlossen werden.)

Weitere - zahlreiche - Brände in Unterkünften für Asylsuchende wurden möglichst in der Öffentlichkeit unerwähnt gelassen und damit die Politik der Vertuschung fortgesetzt, die dereinst angeblich die Nazis nicht durch öffentliche Berichterstattung stark machen wollte, sie aber gerade dadurch begünstigt hat, weil die von ihnen ausgehende Gefahr nicht ins öffentliche Bewußtsein gelangte. In der Öffentlichkeit fast unbekannt geblieben ist etwa der Brandanschlag in Stuttgart vor rund zwei Jahren, bei dem 7 Asylsuchende zu Tode kamen und der zuerst als Unfall, dann als nicht durch Fremdenhaß motiviert, schließlich, als man den Täter, der seither weitere Brände gelegt hatte, zufällig schnappte, als Tat eines geistig verwirrten Einzeltäters hingestellt wurde. Das darf in Lübeck nicht wieder geschehen.

Und da die dortige Kriminalpolizei offenbar "zu gut" im Sinne der Vertuscher funktioniert, soll jetzt eine internationale Untersuchungskommission gebildet werden, für die sich einige namhafte Persönlichkeiten einsetzen, so die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, die stellvertretende Pax-Christi-Vorsitzende Gisela Wiese und die israelisch-palästinensische Rechtsanwältin Felicitas Langer.

Klaus Dillmann

RAZZIA GEGEN "KAMERADSCHAFT RECKLINGHAUSEN"

Am 16. 2.1996 hat die Polizei in Recklinghausen, Oer-Erkenschwick, Herten, Herne und Lübbenau (Brandenburg) 22 Wohnungen durchsucht. 150 Beamte waren im Einsatz, 20 Verdächtige wurden "nach intensiven Vernehmungen" wieder freigelassen, Propagandamaterial, Hakenkreuzfahnen sowie "eine scharfe Waffe" sind "sichergestellt" worden.

Unter Federführung der Staatsanwaltschaft Dortmund, die wenige Tage später eine ähnliche Razzia gegen Mitglieder der NF im Raum Bielefeld durchführen ließ, wird in Recklinghausen nun "wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung" und "Verstoß gegen das Vereinsgesetz" ermittelt.

Daß die (von der Staatsanwaltschaft so getaufte) "Kameradschaft Recklinghausen" niemanden anders als die seit Jahren bekannten und von AntifaschistInnen immer wieder bekannt gemachten Faschisten um D. Riefing und F. Reber umfaßt, wird in der örtlichen Presse nicht erwähnt. Vielmehr wird der Eindruck erweckt, als sei es der "guten Polizeiarbeit" zu verdanken, daß "diese Gruppierung entdeckt und zerschlagen" wurde.

Das ist blanker Unsinn. Vermutlich um der (lästigen) Frage zu entgehen, warum denn erst jetzt ein "Schlag" gegen die Faschisten um Reber und Riefing gelandet wurde, lancierte die Staatsanwaltschaft die Behauptung, es seien "Hinweise aus der Bevölkerung" eingegangen, daß von der Gruppe ein Brandanschlag gegen ein Asylbewerberheim geplant gewesen sei.

Mit anderen Worten: Die bloße "Existenz" der Gruppe war (angeblich) kein hinreichender Grund, um gegen sie vorzugehen.

Schon vor zwei Jahren haben AntifaschistInnen auf die Existenz dieser Gruppe, ihre Verbindungen nach Lübbenau (Partnerstadt von Oer-Erkenschwick, der Heimat von D. Riefing), auf die Existenz des von Reber und Maaß gegründeten Nazi-Vertriebs "Mjölñir" (in dem jetzt 2 LKWs Propagandamaterial beschlagnahmt wurde) und auf die Gründung des als Wehrsportgruppe fungierenden "Deutschen Sportaktivisten e.V." hingewiesen.

Gegen die "Sportaktivisten" wurde nicht vorgegangen, auch nicht gegen die eng mit Reber und Riefing zusammenarbeitende Gruppe von Nazi-Skins in Dorsten und Schermbeck.

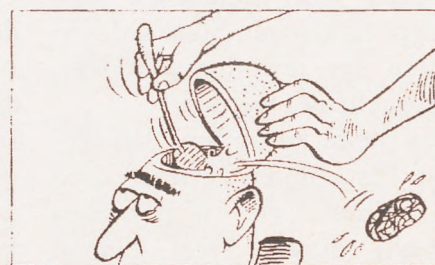
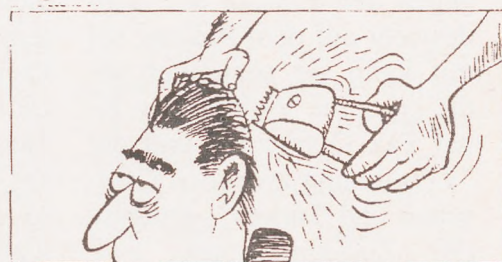
Ein Positives hatte die Aktion dennoch: Dem Versuch der Faschisten, sich in Herten und anderen Städten unter dem Namen "Deutsche Liste" ein legales Parteiunternehmen aufzubauen, ist erstmal ein Dämpfer erteilt worden.

Fußnote: Frank Reber war bei der Aktion nicht vorgefunden worden.

Zwei Tage früher hätte die Polizei ihn noch festnehmen können: da wollte er als Zuschauer im Prozeß gegen einen DL-Kameraden, der wegen eines gewaltsamen Angriffs auf einen Tamilen zu drei Wochen Haft verurteilt wurde.

Über die weiteren Entwicklungen in den folgenden AntifaZ-Ausgaben

Antifaschistischer Bund (AFB) Recklinghausen



Aus: kurdistan aktuell Nr. 39/40 (1995)

THESEN ÜBER DIE DARSTELLUNG KURDISTANS IN DEN DEUTSCHSPRACHIGEN MEDIEN

von Richard Herding (ID Bremen)

Teil 2

**Die Kurdistan-Solidaritätspresse in deutscher Sprache kommt über die Grenzen
des bürokratisch-militaristischen Politikbegriffs hinaus.**

Es gibt eine Entwicklung, die hierzulande noch viel zu wenig wahrgenommen wird: die Zeitschriften der verschiedenen Kurdistan-Solidaritätsgruppen waren lange Zeit bloße Sprachrohre ihrer jeweiligen politischen Richtungen, mit einem parteilich beschränkten Politikbegriff, humorlos, etwa im Sinne des alten kommunistischen Partei-Spruchs "Die Partei kämpft **wie ein Mann**". In der letzten Zeit haben sich Blätter wie "Informationsbulletin Kurdistan", "Kurdistan heute" und "Kurdistan-Archiv" stärker auf die kulturelle Seite besonnen. Sogar eine Zeitschrift wie der "Kurdistan-Report" (...) brachte in seine steifen Interviews mit dem "Großen Vorsitzenden" Öcalan immerhin eine spürbare Dosis Humor.

**In der Kurdistan-Solidaritätspresse gibt es heute auch Raum für legitime
Argumente der Gegenseite.**

Erwähnenswert ist die "Kurdistan News", die als erste auch Menschenrechtsverletzungen von Seiten der Guerilla dokumentiert, ohne die Solidarität mit der Befreiungsbewegung als ganzer in Frage zu stellen.

Es sagt nicht zuletzt einiges über den Unsinn des PKK-Verbotes, daß es gerade in einem historischen Augenblick kam, als jedenfalls die Solidaritäts-Presse, die ja in gewisser Hinsicht Spiegel der Organisationen ist, sich von der ehernen Logik der Parteien und Bündnisse zu emanzipieren begann. Eine "Ausgewogenheit", die nach verschnarchtem Mittelweg riecht, ist damit nicht gemeint, sondern Fairness und Überblick trotz Parteinahme - und trotz Krieg.

Zensur ist ein Problem, Betriebsblindheit das größere.

Das Problem der ausdrücklichen Zensur kennen wir von "Özgür Gündem"***, auch von "Aydinlik", von der internen Sprachregelung beim Staatsfernsehen TRT und überhaupt von der Mehrzahl der türkischen Zeitungen. Mit dem sogenannten PKK-Verbot in Deutschland hat es jetzt auch auf Deutschland übergegriffen.

Aber selbst unter den weit härteren Verhältnissen der Türkei ist es möglich, am Tage nach dem Verbot oder der Beschlagnahme des einen Blattes ein neues unter verändertem Titel erscheinen zu lassen.

In Deutschland wäre es nicht schwer, den "Kurdistan Report" etwa aus den Niederlanden oder aus der Schweiz hier zu vertreiben.

Das Zensurproblem ist kraß und aufsehenerregend, aber die anderen Fragen stellen sich gleich stark: Wie werden kurdische und/oder türkische JournalistInnen in den Migrationsländern wie z.B. Deutschland gefördert? Wer hört die illegalen Sender in den Grenzgebieten der Türkei, Irans, Syriens ab und übersetzt sie?

Es reicht, an zwei Wahrheiten zum Zensurbegriff zu erinnern. Die eine: "Zum Teufel mit dem ganzen Zensurgeschwätz - wer will denn die Wahrheit wissen?" Die andere lehnt sich an einen bekannten Grundgesetzartikel an: "Eine Zensur findet statt. Die Gegenwehr ist frei."

Kurdistan-Berichterstattung aus erster Hand aufbauen!

Eine Kurdistan-Berichterstattung aus erster Hand ist notwendig und möglich. Sie muß in Zusammenarbeit zwischen kurdischen Gruppen und internationalistischen Solidaritätsgruppen organisiert werden. (...) Eine solche medienübergreifende Berichterstattung wird nur eine Chance haben, wenn sie zugleich solidarisch und unabhängig von politischen Organisationen ist.

Die kurdischen-solidarischen Kräfte in der Bundesrepublik müssen sich fragen lassen, warum sie keine starken, systematischen KorrespondentInnenbüros in Kurdistan selbst unterhalten, sondern die Sache verwegenen EinzelkämpferInnen überlassen. Es mag Gründe dafür geben, resigniert und realistisch zu sagen, daß solche Berichterstattung auf verlorenem Posten stattfindet - und sie daher verloren zu geben. Allein die ständig wiederholte Frage, ob und welche Arrangements die BerichterstellerInnen mit den Armeen, den Geheimdiensten, der Polizei und auch der Guerilla zu treffen genötigt sind, um überhaupt leben und arbeiten zu können, kann diesen JournalistInnen auf die Dauer zuviel sein. Ist das aber so, dann könnte vielleicht eine systematische Auswertung der Radiosender, Telefonkontakte etc. aus der Region einen Ersatz bringen. Irgendetwas muß passieren, wollen sich die Kurdistan-Freunde nicht der selbstmörderischen Dummheit, dem Nichts-Wissen-Wollen der bürgerlichen Kräfte anpassen. Die Kurdistan-Solidarität könnte weitaus stärker sein als die taz allein.

Unterstützung für die kurdischen-solidarischen Blätter der Türkei!

Vorerst ist die Minderheitspresse in der Türkei, die fair über den kurdischen Befreiungskampf berichtet, unsere wichtigste Hoffnung. Medienöffentlichkeit für die KurdInnen hängt wesentlich von ihnen ab. Sie braucht weit mehr Unterstützung als bisher.

Die Schlüsselrolle bei der "normalen" Kurdistan-Berichterstattung - also in Zeiten der alltäglichen, unspektakulären Unterdrückung - spielen in Deutschland die türkischen Zeitungen, vor allem die Tageszeitungen. Über sie werden Nachrichten weitergetragen oder "unterbleiben". Sie unterliegen der Zensur, sind aber überwiegend ohnehin staats-treu im Sinne der kemalistischen Ideologie des Regimes: das heißt, sie würden (von Ausnahmen abgesehen) auch ohne Zensur die kurdischen Befreiungskräfte als "TerroristInnen" und AnhängerInnen einer substanzlosen separatistischen Wahnidee eines Phantasievolkes abtun.

Umso wichtiger sind die wenigen Sprünge, die dieses monolithische Bild in den letzten Monaten erhalten hat. Die türkischen Zeitschriften "ikibin'e dogru" und "Yeni Ülke" sowie einzelne JournalistInnen von "Cumhuriyet" engagieren sich für den kurdischen Befreiungskampf. Sie wandern dafür oft genug ins Gefängnis, die Blätter werden verboten, die materiellen Opfer sind enorm****. So erwähnenswert das bremische Solidaritätsfest für Yeni Ülke im Oktober war: Insgesamt bleibt die Solidarität schwach. Ein Pressekomitee zu Kurdistan machte zu Zeiten des Golfkrieges hier von sich reden; seitdem ist weniger von ihm zu vernehmen.

Was getan wird, ist viel zu schwach für die Bedeutung Kurdistans, die manche mit der Bedeutung Vietnams in den siebziger Jahren vergleichen.

Desinformationsziel: Feindbild Islam

Zumindest ein bedeutender Teil der Herrschenden in Deutschland scheint der eigenen Propaganda Glauben zu schenken, nach der die islamisch-fundamentalistische Tendenz die große Gefahr darstellt. Aufgrund dieses Feindbilds verbinden sie sich mit dem türkischen Regime in der Desinformations-Politik gegen Kurdistan.

Die "Frankfurter Allgemeine" repräsentiert den nach kurzer, von Saddam Hussein verursachter Unterbrechung wiedererwachten Willen, Kurdistan dem türkischen Staat zu opfern, aus Angst vor dem Feindbild "fundamentalistischer Islam". Der Wille ist stark genug, daß sorgfältige und auffällige Scheuklappen angelegt werden. Hatte die FAZ nach dem August 1991 starke Worte dafür gefunden, dem nationalen Befreiungskampf der KurdInnen international den gleichen Rang zuzumessen wie dem des palästinensischen Volkes, das immerhin einer Welt-Friedenskonferenz wert erachtet wurde, so brachte die Zeitung der "klugen Köpfe" diesmal gerade zehn Zeilen über die Bombardements (laut Alexander Sternberg, der das Blatt wegen seiner Arbeit bei der "Gesellschaft für bedrohte Völker" durchsieht - immer noch meilenweit hinter FR/SZ/WK). Und auch diese Mai-Meldung war noch second hand: nämlich Reuter zitiert Anatolia! Umso ausführlicher berichtete die FAZ stattdessen über die Stärkung der Islampartei durch die Parlamentswahlen. Krasser Gegensatz zu den Linksliberalen (FR, SZ) und übrigens auch zum Bremer Weser-Kurier, der als einziges Blatt unter den genannten, neben der taz, auch kommentierte: gegen das türkische Regime, für die Kurden.

Was für Lateinamerika möglich war, können wir das auch für Kurdistan schaffen?

Kurdistan als "unterbliebene Nachricht" - das "Bremer Informationszentrum" hat das Thema nicht schlecht formuliert, anschließend an den listigen Titel der ersten überregionalen deutschsprachigen Alternativzeitung, die sich 1973 "Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" nannte. Ich zitiere hier einmal aus der Ausgabe vom 17. Januar 1976, also vor über 15 Jahren, mit vielleicht der ersten Kurdistan-Meldung der deutschsprachigen Alternativpresse. *Das klingt wie heute geschrieben: Die Lage in türkisch Kurdistan wird von der deutschen Presse fast völlig negiert, obwohl dort Hunderttausende Kurden zwangsdeportiert werden. DKP-orientierte Blätter wie Unsere Zeit, Berliner Extradienst, Deutsche Volkszeitung ... verschweigen ... nicht nur diese gewaltigen Menschenrechtsverletzungen, die einem teilweisen Ethnocid (kultureller Völkermord) gleichkommen, sondern treten offen für die Politik der irakischen Baath-Regierung auch zur Kurdenfrage ein.* (aus Vierte Welt Aktuell). Nun hat ja diese bestimmte politische Richtung, DKP usw., heute beträchtlich an Bedeutung verloren, aber die unheilvolle Tendenz, Zugang zur Medienöffentlichkeit nicht als Menschenrecht zu betrachten, sondern von jeweiligen politischen Strategien abhängig zu machen, ist auch heute noch zu beobachten - und zu bekämpfen. Immerhin, die Solidaritätsbewegungen mit Lateinamerika haben es zum Beispiel im Falle von Nicaragua und El Salvador geschafft, der

Desinformation mit unabhängiger eigener Berichterstattung entgegenzutreten - sollte das, trotz der ungleich größeren sprachpolitischen Probleme, nicht auch bei Kurdistan möglich sein?

"Unterbliebene Nachrichten", das schließt die ganze Breite von brutaler Zensur über die stumpfsinnige Betriebsblindheit bis zur schlichten Dummheit mit ein. Die türkischen KollegInnen - stellvertretend nenne ich hier die vor kurzem Eingesperrten von Cumhuriyet - erfahren die Zensur, die AgenturjournalistInnen die Betriebsblindheit, und wir? Die Dummheit.

Der Bremer Journalist Ilker Maga aus der Türkei hat über die ganze Nahost-Berichterstattung, ob vor dem Golfkrieg, darin oder danach, im Zorn geäußert: "Zum Teufel mit dem lächerlichen Zensurbegriff - wer will denn die Wahrheit wissen?" In bezug auf Kurdistan ist dem nichts hinzuzufügen. Ich denke, wir sollten die Wahrheit wissen wollen, und ich denke, das ist auch möglich.

Exkurs: Auf beiden Augen blind - Das Selbstbestimmungsrecht der kurdischen Bewegung im Lichte der deutschen Medien*****

Ich möchte hier einige Anmerkungen zu den Titelblättern von taz und BILD vom 24. März 1994 machen. BILD titelt: "Kohl: Terror-Kurden raus!" Die taz titelt: "Die neue Dimension des Terrors".

Am 22. März hatten an verschiedenen Stellen in Deutschland Kurdinnen und Kurden für das Selbstbestimmungsrecht demonstriert, und zwar aus Anlaß des kurdischen Neujahrstages (Newroz) und der türkischen Kommunalwahlen, bei denen die KurdInnen keine realen Chancen hatten. Danach hatten Bundeskanzler Kohl und Innenminister Kanther gesprochen.

Das eine Titelblatt ist von der BILD, da ist klar, wo's herkommt: vom Springer-Verlag; dazu fällt uns ein: "Bild lügt" und "Bild killt". Das andere ist von der taz, bekanntlich die "Fortsetzung der Anti-Springer-Kampagne mit anderen Mitteln".

Wer ein Gleichheitszeichen zwischen den beiden Blättern setzt, stellt die Dinge auf den Kopf. Die taz hat als einzige deutsche Tageszeitung seit Jahren konsequent eine Berichterstattung und Kommentierung gebracht, die auf der Anerkennung des kurdischen Selbstbestimmungsrechtes beruhte. Angesichts des Totschweigens von Folter, Diskriminierung, Unterdrückung in Kurdistan durch einen Großteil der etablierten Medien ist es nicht falsch, von Medienkriminalität der Mehrheitsmedien zu sprechen und von der taz als der bedeutenden Ausnahme.

Daß unter der "neuen Dimension des Terrors" im taz-Titel nicht die kurdischen Aktivitäten, sondern die Polizeibrutalität und die Abschiebungsdrohungen des Staatsapparates gemeint sein könnten, liest wohl kaum jemand heraus. Wie die taz-Schlagzeile zustande kam, läßt sich auch aufgrund der akribischsten Recherche bei der taz wohl nicht mehr rekonstruieren. Vielleicht wurde vorausgesetzt, daß die Regierung von einer "neuen Dimension des Terrors" der Kurden gesprochen hatte und die LeserInnen das noch im Ohr hatten und eines Anführungszeichens oder "Kohl sagt:" davor nicht bedurften. Vielleicht zählt die taz-Redaktion nicht genug KurdInnen, die den höchst mißverständlichen Spuk beizeiten gestoppt hätten.

Es gibt aber ein tieferes und beunruhigenderes Problem dahinter als Schlamperei und linke Selbstisolation. Die taz - und damit soll sie auch nicht mehr den wohlfeilen Prügelknaben oder Mittelpunkt dieser Thesen darstellen - hat den "Terror"-Titel wohl unbewußt auch deshalb durchgehen

lassen, weil er einem weitgehenden deutschen Konsens entsprach. Und der bestand aus zwei Teilen: Erstens, Autobahnblockaden gehen ans Allerheiligste unserer Demokratie, sie sind den legitimsten der legitimen Proteste vorbehalten. Zweitens, Selbstverbrennungen sind Abscheulichkeiten, nicht anders, als wenn ich andere verbrenne.

Die sogenannte Mitte des Medienspektrums zwischen taz und BILD demonstriert das deutlich, und wenn es nicht angesichts der Abschiebungen, Folter- und Morddrohungen durch Justiz und/oder Killerkommandos kriminell wäre, wäre es auch reichlich komisch.

So kommentiert die Frankfurter Allgemeine: "Die Ordnung im Haus fängt in den Fluren an. Nicht die Unordnung in den Winkeln bricht den Landfrieden, sondern die auf den Straßen." Vermutlich gehören die kurdischen AktivistInnen als Ungeziefer in die "Winkel", während die deutschen Straßen dem freien deutschen Bürger gehören, unbegrenztes Tempo inklusive.

Radio Bremen sendet einen Hörfunk-Kommentar (22. März 1994), in dem es hieß: "Niemand in diesem Lande hat das Recht, die Autobahn zu blockieren, darauf Barrikaden zu errichten, sie anzuzünden und gewaltsam gegen die Polizei vorzugehen." Dies sei als Körperverletzung und Widerstand strafbar, auch wenn es bei deutschen Staatsbürgern aus Gründen des Opportunismus in solchen Fällen häufig keine Kläger und damit keinen Richter gebe. Doch, so rätioniert es in Radio Bremen weiter, daß deutsche und nichtdeutsche Autobahnproteste ungleich behandelt werden, sei in diesem Falle egal, denn diese kurdischen Autobahnblockierer "beteiligen sich in großer Zahl am Drogenhandel und allen anderen kriminellen Delikten." So weit der angebliche Rotfunk aus Bremen; der war ja einmal, ebenfalls in Sachen nationale Selbstbestimmung, als "Radio Hanoi" bekannt; aber das ist Jahrzehnte her. Ob gegen den Vietnamkrieg, gegen das Apartheidsregime in Südafrika, gegen den sowjetischen Einmarsch in Prag die kurzzeitige Sperrung einer Bremer Autobahn legitim gewesen wäre, sollte mal jemand den Kommentator fragen.

Der rechte Möchtegern-SPIEGEL, FOCUS, schreit auf: "PKK gießt Öl ins Feuer - Radikale Kurden tragen Gewalt auf deutsche Straßen und in die Städte" und "Kriegsschauplatz Deutschland". Das verwundert in einem solchen Zusammenhang nicht. Besseres hätten wir vielleicht erwartet von der Hamburger WOCHE: Die schrieb über ihren Bericht: "Die wilden Kurden" und "Wer sind die Gewalttäter?" - Antwort natürlich: "Eine radikale Minderheit (Hervorhebung von mir - R.H.) unter den Kurden führt Krieg gegen die Türkei - auch in Deutschland." Die WOCHE fragt auch: "Warum Selbstverbrennung?" Antwort: "Grauenvoller Protest". Die taz im allgemeinen hält ihren Pro-Selbstbestimmungs-Kurs durch: "Kanter militant, Kurden friedlich" (25. März 1994).

Die vorwiegende Medienstimmung ist im Fall der Kurdenproteste deshalb gleichzeitig so dumm und so gefährlich, weil für alle, die es sehen wollten, offenkundig das Gegenteil ablief. Die Tendenz war gerade nicht Eskalation, sondern Deeskalation, nicht Aggression, sondern Signale der Selbstaufopferung, nicht Nordkorea, sondern Gandhi. Der militärisch orientierte Teil der kurdischen Bewegung hat zweimal hintereinander den einseitigen Waffenstillstand erklärt: "Zieht Kurdistan die Lehren aus dem bosnischen Krieg?" überschrieb ein kurdischer Schriftsteller in Deutschland seine Analyse dieser Vorleistungen zur Gewaltfreiheit. Es waren Schritte, die vom türkischen Staat nicht erwidert wurden. Inzwischen sind sie hier in der deutschen Solidaritäts-Szene sogar als voreilig kritisiert worden. Wichtig ist auf jeden Fall, daß solche Diskussionen in der Solidaritäts-Szene stattfinden. Inhaltlich finde ich die Kritik an den Vorleistungen falsch, weil ohne sie keine öffentliche Meinung zugunsten des Selbstbestimmungsrechts im Weltmaßstab zustande kommt.

Die Autobahn-Besetzung, Stichwort Hüttenwerksschließung in Rheinhausen, ist in Deutschland das Signal "Wir sind am Ende", zum Beispiel: eine Region, wie das Ruhrgebiet, wird plattgemacht, wenn nichts geschieht. Undenkbar, daß jemand von Gewalt gesprochen hätte, wenn Ost- oder Westdeutsche 1989 die Autobahnen als Plattform benutzt hätten, um die Öffnung der Berliner Mauer, der Stacheldraht- und Minengrenze zu erzwingen.

Die Selbstverbrennung ist in der Zeit des Eisernen Vorhangs zwischen Ost und West das religiös-politische Signal gewesen: "Wir hätten alle Gründe für den bewaffneten Aufstand gegen die Unterdrückung, wir wollen aber gerade nicht die Eskalation, wir wollen nicht töten, wenn es sein muß, sterben wir dafür." Der ostdeutsche Pfarrer Brüsewitz, der tschechische Student Palach haben sich aus Protest gegen die stalinistische Diktatur verbrannt. Diese Aktionen wurden eher nicht der "linken" Geschichte zugerechnet. Aber "grauenhaft" war in erster Linie die Unterdrückung, nicht diese Handlung.

Die Medienreaktion auf die kurdischen Proteste war nicht nur, wie so oft, wenn der Schreckensbegriff "Terror" erklingt, "auf dem linken Auge wie ein Geier, auf dem rechten Auge blind", sondern die Medien waren "auf beiden Augen blind". Die Signale für einen friedlichen, geduldischen, nicht spaltenden, sondern konsensschaffenden Widerstand - wobei es aber gleichwohl um eine existenzielle Frage, ein Problem von Leben und Tod, geht -, diese Signale wurden von der kurdischen Bewegung ausgesendet. Und diese Signale haben die Medien in einem akrobatischen Akt des Gehorsams gegenüber der Sprachregelung des Sicherheitsstaates in ihr Gegenteil verdreht, sie gehen auf die Strategien der kurdischen Bewegung nicht ein.

Gewiß gab es, wie immer bei solchen Aktionen, auch Gerüchte, es hätten Demonstranten nicht oder nicht nur sich selbst, sondern auch Polizisten verbrennen wollen. Das hat sich nicht bestätigt. Es wurde verbreitet, kurdische Männer hätten ihre Frauen verbrannt. Auch das ließ sich offenbar nicht nachweisen. Gewiß gab es ein verständliches Mißtrauen gegenüber dem militärischen Teil der kurdischen Bewegung, weil dieser in der Vergangenheit Gewaltaktionen den Gegnern zur Last gelegt hatte, die auch von ihm selbst verübt hätten sein können. Eine Solidaritäts-Bewegung, die nicht nach dem Mindestmaß von Kriegs-Recht fragt, das auch Guerilla-Bewegungen einhalten können, würde sich den Boden unter den Füßen wegziehen. Ein Ende der Apartheid hätte es in Südafrika nie gegeben ohne einhellige Weltmeinung, und diese öffentliche Meinung kommt nie zustande, wenn zu Nacht-und-Nebel-Exekutionen geschwiegen wird. Darum ist die Arbeit des "Komitees für die Menschenrechte in Kurdistan" zu wichtig, weil es unter Solidarität mehr versteht als bloße Propaganda. Aber im großen und ganzen waren die kurdischen Aktionen vom März 1994 offenbar frei von Gewalt gegen andere. Die Verdrehung dieser Tatsache gehört zu den beschämendsten Leistungen der freiwilligen Selbstverstaatlichung, die die deutschen Medien seit dem Golfkrieg von 1991 geboten haben.

Die Stimmung in der Öffentlichkeit gilt den Medien immer als Ausrede, aber ich bezweifle, daß die Stammtisch-Mehrheit in Deutschland so wild antikurdisch war wie die Schlagzeilen oder der Innenminister. Die Regierung sah endlich die willkommene Gelegenheit, die Genfer Flüchtlingskonvention und die deutschen Verwaltungsgerichte mit ihrer zunehmend realistischen Rechtsprechung, daß nämlich die KurdInnen auch in der Westtürkei ihres Lebens nicht sicher sein können, abzuservieren. Selbst die BILD-Zeitung brachte ihren LeserInnen von dem Orient-Schriftsteller Konzelmann den Satz: "Es ist ein Hilfeschrei", wenn auch ein Millionstel kleiner als die Balken-Überschrift: "Kurden-Terror". In dem Tagesschau-Beitrag von Radio Bremen werden zwei Autofahrer befragt, denen die DemonstrantInnen die freie Fahrt des freien Bürgers gestoppt hatten. Der eine fand die Demonstration Scheiße. Der andere meinte, das sei ganz normal. Weil die Kurden keinen Angriff gemacht hätten, nur selber auf der Straße saßen, mit anderen.

Einigen deutschen Stammtischen ist die Unterscheidung durchaus zuzutrauen, ob Bomben ein Dorf ausradieren oder Menschen ein Auto stoppen, ob jemand sich selbst verbrennt oder andere anzündet, ob aufgerüstet oder abgerüstet wird.

Ich meine, nach dem 24. März wären reichlich Besuche in Redaktionen angebracht gewesen, mit Vorschlägen zur Berichterstattung. Überzeugend, und friedlich sowieso. Wir brauchen eine "Media-Watch"-Bewegung für die kurdischen Proteste. Der öffentliche Konsens gegen die Apartheid in Südafrika könnte ein Vorbild sein.

*) Die hier aufgestellten Thesen wurden im November 1991 und im September 1994 erarbeitet.

**) Übrigens, was ist ein AP-Korrespondent? Nach Angaben eines ausländischen AP-Mitarbeiters, den ich hier nicht namentlich nennen kann, zumindest außerhalb Deutschlands so gut wie ausnahmslos ein US-Amerikaner, der die - in diesem Fall türkischen - Zeitungen liest und das, was er dort findet, über den Ticker weitergibt. (Anmerkung von Richard Herding)

***) Die prokurdische Tageszeitung Özgür Gündem wurde Anfang 1994 verboten. Siehe auch nächste Fußnote.

****) Die prokurdische Wochenzeitung Yeni Ülke wurde Ende 1992 verboten. Die im Mai 1992 gegründete Tageszeitung Özgür Gündem wurde Anfang 1994 verboten, woraufhin eine neue Tageszeitung, Özgür Ülke, entstand, die Anfang Februar 1995 verboten wurde, nachdem ihre Gebäude im Dezember 1994 von einem durch die türkische Regierung veranlaßten Bombenanschlag zerstört wurden. Die seit April 1995 erscheinende prokurdische Tageszeitung Yeni Politika wurde wiederum am 16. August 1995 verboten. (Anmerkung von medico international)

*****) Dieser Textabschnitt datiert vom Mai 1994.

PARLAMENT BESETZT, ERLASS VERBRANNT

Zur gegen Ende des vergangenen Jahres laut gewordenen Forderung nach Rücknahme der zur Eröffnung der Universitäten im Herbst drastisch erhöhten Studiengebühren (harclar) - die von den Studierenden in einem Wortspiel auch als Kopfsteuern (haraclar) bezeichnet werden - sind die Vertreter des faschistischen Staates Republik Türkei stumm geblieben. Die Studierenden hatten durch einen Fußmarsch von Istanbul bis Ankara (450 km), durch die Vorlage von Listen mit 350.000 Unterschriften beim türkischen Parlament, durch Hungerstreiks, Presseverlautbarungen usw. versucht, ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen. Doch die Vertreter des türkischen Staates hüllten sich in Schweigen. Weitere Aktionen folgten: so die Besetzung der Universitäten, ein Vorlesungsboykott und Straßenschlachten mit der Polizei, ohne daß auf die Forderung der Studierenden eine Reaktion erfolgt wäre. Seit der Besetzung des Parlaments des faschistischen Staates Republik Türkei werden die Forderungen der Studierenden auf einmal ernstgenommen.

Die Wortführer der Kapitalisten, der Bosse und der Grundherren fangen plötzlich an, Fragen zu stellen wie: "Was geht an unseren Hochschulen vor sich?" oder: "Das sind ja Aktionen wie vor dem 12. September (1980)!" Sie legen den jungen Leuten nahe, sich an Ordnung und Anstandsregeln zu halten. Außerdem erklären sie: Wer die Gebühren nicht bezahlen könne, solle einen Kredit aufnehmen. Die ungerechte Verteilung des Bruttosozialproduktes in der Türkei ist mittlerweile zwar weltweit bekannt, dennoch behaupten Wortführer des Faschismus - Lehrstuhlinhaber, Wissenschaftler, Wirtschaftsfachleute -, die öffentlichen Institutionen schrieben rote Zahlen oder die Lasten des Bildungssystems könne der Staat nicht auch noch tragen. Damit bringen sie nur eines zum Ausdruck:

In diesem Land können nur die, die Geld haben, studieren; die, die kein Geld haben, sollen sich gefälligst versklaven lassen.

Nach dem Halszuschnürdiktat des Internationalen Währungsfonds sind von den Abgeordneten neue Gesetze zur Durchführung der Privatisierung verabschiedet worden. Zu diesen Privatisierungsmaßnahmen paßt es, wenn die Hochschulen den Reichen übereignet werden sollen. Weil die Privatisierung nicht auf einmal durchgedrückt werden kann, versucht man, sie scheibchenweise durchzusetzen. Der staatliche Geldhahn sprudelt, wenn die Folterer und Mörder - Armee, Polizei, Spezialeinheiten, Konterguerilla, Dorfschützer - Bedarf anmelden. Den Unterdrückten und Ausgebeuteten dagegen will man neue Rechte nicht zugestehen, vielmehr bestehende Rechte sogar wegnehmen.



Diese Blutsauger und Ausbeuter glauben, sie hätten alles im Griff. Sie täuschen sich. Der Kampf der Völker aus den verschiedenen Nationalitäten der Türkei wird das zeigen.

Der berechtigte Kampf der Studierenden zur Durchsetzung ihrer Forderung ist ein Teil des in diesem Lande voranschreitenden sozialen und nationalen Befreiungskampfes. Mit dem Kampf um die Revolution wird der Kampf um demokratische und selbstverwaltete Universitäten einhergehen. Die mit ihren blutverschmierten Händen den faschistischen Staat Republik Türkei verkörpernden Mörder werden eines Tages zur Rechenschaft gezogen.

Die Studierenden haben mit ihren zur Durchsetzung ihrer Forderung entwickelten Aktionen die Angschwelle hinter sich gelassen. Dieses Niveau der Entwicklung zu halten oder gar zu steigern, wird schwierig sein. Wir erklären uns mit den kämpfenden Studierenden solidarisch. Vorwärts in Richtung auf demokratische und selbstverwaltete Volksuniversitäten.

Sami Inal

INTERVIEW MIT DEM ÄTHIOPISCHEN ASYLSUCHENDEN ZELEKE ESHETE

AntifaZ (A): Zeleke, erzähle etwas von Dir. Wer Du bist, seit wann Du hier in Deutschland bist.

Zeleke (Z): Ich heiße Zeleke Eshete und wohne zur Zeit in Finnentrop bei Olpe. Ich bin am 13.11.1962 geboren, und zwar in Harer (heute in der Region Oromiya). Nach Deutschland bin ich am 27.05.1991 aus der Tschechoslowakei gekommen und habe damals sofort Asyl beantragt.

A: Fangen wir mal zeitlich weiter rückwärts an: Wie bist Du in die Tschechoslowakei gekommen?

Z: Dort habe ich im Oktober 1984 ein Studium begonnen, und zwar an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Nitra (heute in der Slowakischen Republik). Ich habe dort ein Agronomiestudium betrieben und mit dem Diplom abgeschlossen. Landwirtschaft habe ich darum studiert, weil ich immer schon gern in der Landwirtschaft tätig war, und für Äthiopien ist die Landwirtschaft ja auch sehr wichtig. Rund 70 bis 80 % aller erwerbstätigen Menschen in Äthiopien arbeiten in der Landwirtschaft.

"... bekam ich mit, wie Leute auf offener Straße erschossen wurden"

A: Man könnte meinen: Wenn Du in Dein Land zurückkäms, müßtest Du da mit Kußhand aufgenommen werden. Warum bist Du dennoch nicht dorthin zurückgekehrt. Und was ist der Hintergrund für Dein Asylersuchen gewesen?

Z: Das ist eine längere Geschichte. Ich muß da eigentlich schon bei meinem Verhältnis zum äthiopischen Staat zu dem Zeitpunkt anfangen, bevor ich mein Studium begann. In der Zeit des Derg, d.h. der Militärregierung unter Mengistu, bekam ich mit, wie Leute auf offener Straße erschossen wurden und daß Mitte 1979 Hunderte von politischen Gefangenen in Dire Dawa - wo ich das Gymnasium besuchte - öffentlich hingerichtet wurden. So sah auch ich mich veranlaßt zu fragen, warum. Ich fing an, mich für Politik zu interessieren. Als ich mit dem Abitur fertig war, war es in Äthiopien üblich geworden, Jugendliche einfach auf der

Straße aufzugreifen oder aus einem Cafe zu holen, um sie nach militärischer Kurzausbildung in den Kampf gegen die Guerilla zu schicken. Ich war eines dieser Opfer.

A: Wie ging es dann weiter?

Z: Ein Offizier, der mich auszubilden hatte, verstand mein Problem. Er wußte, daß ich das Abitur gemacht hatte. Und da ich gute Noten im Zeugnis hatte, setzte er sich dafür ein, daß ich ins Ausland gehen und studieren konnte. So war ich in die CSSR gekommen, mit der Äthiopien ja freundschaftliche Kontakte hatte. Äthiopien bekam von Prag z.B. Waffen. Als ich mit meinem Studium fertig war, fand gerade die neue Umwälzung in Äthiopien statt. Aber auch in der Tschechoslowakei hatte sich die Lage verändert.

A: Was bedeutete das für Dich?

Z: In meiner Heimat war der Machtkampf akut geworden. Wäre ich dorthin zurückgekehrt, so wäre ich wahrscheinlich sofort vom Derg als Soldat in den Kampf geschickt worden. Das hatte ich schon 1984 nicht gewollt, und 1991 wollte ich es schon gar nicht, denn inzwischen war ich mir über die Lage klarer geworden. Aber zu der wenig später an die Macht gekommenen TPLF/EPRDF hatte ich auch kein Vertrauen.

A: Warum nicht?

Z: Es war natürlich gut, daß der Derg abgesetzt wurde. Erstens hatte ich Zweifel, weil das ja auch mit Waffengewalt geschah, wonach es schwierig ist, Demokratie herzustellen. Zweitens stützte sich die TPLF/EPRDF zu 90 % auf eine einzige Volksgruppe, Tigray. Drittens hatte ich auch Hintergrund-Informationen und daher die Befürchtung, daß die eine Diktatur durch eine andere Diktatur ersetzt würde.

"... gibt es dort überhaupt kein Asylrecht"

A: Und warum hast Du dann nicht in der Tschechoslowakei um Asyl nachgesucht?

Z: Erstens gab es auch dort eine politische Umwälzung. Da wurde es für Ausländer allgemein schlimmer. Man besann sich wieder darauf, daß man tschechisch oder slowakisch war. Alle, die das nicht waren, gerieten zwischen die Mühlsteine, besonders wenn man, wie ich, dunkelhäutig ist. Ich wurde damals auf offener Straße grundlos zusammengeschlagen.

Zweitens gab es dort überhaupt kein Asylrecht. Drittens hat die CSFR die Verträge mit Äthiopien strikt eingehalten, wonach Studierende, die mit ihrem Studium fertig sind, nach Äthiopien zurückgeschickt wurden. Nach Beendigung meines Studiums war mein Paß gerade mal für einen Monat verlängert worden. Das hieß im Klartext: "Bereite dich darauf vor, nach Hause zu fahren!" Ich konnte damit auch nicht mehr über die Grenze in ein anderes Land. Das wußte die äthiopische Botschaft. Ich habe versucht, nach Österreich, in die Schweiz, nach Italien oder nach Deutschland zu kommen. Bei Deutschland hat es geklappt.

**"Für den Grenzübertritt
brauchte ich einen anderen Paß ..."**

A: *Wie bist Du nach Deutschland gekommen?*

Z: Mit einem tschechischen Reisebus, der von Prag über Frankfurt am Main nach Düsseldorf fuhr. Ich wußte, daß er auch über Köln fuhr, wo ich ihn verlassen wollte. Für den Grenzübertritt brauchte ich aber einen anderen Paß, mit einem längeren Bleiberecht. Ich ließ mir also von einem Freund, der ein 6-Monate-Visum hatte, dessen Paß und schickte ihm diesen, als ich in Deutschland war, zurück.

A: *Hattest Du keine Angst, daß das bei der Grenzkontrolle auffallen könnte? Oder sah er Dir ähnlich?*

Z: Angst hatte ich schon. Aber ich hatte ja keine Wahl. Die Grenzbeamten haben gesehen, daß im Paß ein dunkelhäutiges Gesicht war, ich hatte auch ein dunkelhäutiges Gesicht, also waren sie zufrieden.

A: *Was hast Du mit Deinem eigenen Paß gemacht.*

Z: Den habe ich noch in der Tschechoslowakei vernichtet.

A: *Warum bist Du gerade in Köln ausgestiegen? Hattest Du da Bekannte?*

Z: Köln ist eine bekannte Universitätsstadt, ich hoffte, dort auf Landsleute treffen zu können.

A: *Und? War das so?*

Z: Ja. Ich traf in der Mensa der Universität eine äthiopische Studentin; sie hat mir gezeigt, wo und wie ich Asyl beantragen konnte. Das habe ich noch am selben Tag gemacht. Ich kam dann auf das Flüchtlingsschiff am Rhein, wo ich ein paar Tage untergebracht war. Von dort brachte man mich zu einem Verteilungslager in Xanten, von wo aus die Flüchtlinge über ganz NRW verteilt werden. Ich wurde von dort - etwa 10 Tage später - in ein Lager bei Finnentrop überstellt.

"Man fühlt sich behandelt wie ein Tier ..."

A: *Wie war die Unterbringung dort?*

Z: Nun, darüber möchte ich nicht sprechen. Wichtig sind für mich die Menschen, mit denen ich Kontakt bekomme. Alles andere läßt sich dann ertragen. Dort war ich der einzige Äthiopier. Das hieß für mich: Ich hatte niemanden, mit dem ich mich hätte unterhalten können. Ich kannte die deutsche Sprache nicht, und dort, wo ich war, sprach niemand Amharisch, Englisch oder Tschechisch. Kritisch muß ich vermerken, daß die deutschen Behörden mir nicht die Möglichkeit geboten hatten, mit Landsleuten zusammenzukommen oder an einen anderen Ort verlegt zu werden, wo ich mit Landsleuten hätte Kontakt kriegen können. Auch politisch war ich damit praktisch lahmgelegt.



AntifaZ-Redakteur im Gespräch mit Zelege Eshete (Mitte).
Rechts der Dolmetscher, Paulos Abraham.

A: Hast Du dort auch Fremdenhaß gespürt?

Z: Nein, überhaupt nicht. Ich fühlte mich nur so hilflos, da ich niemandem meine einfachsten Bedürfnisse klarmachen konnte. Auch die Menschen dort standen mir hilflos gegenüber.

A: Wie hast Du Dich da dennoch behaupten können? Das muß doch eine psychisch sehr belastende Situation sein. Als ich Dich kennengelernt habe, bist Du mir dadurch aufgefallen, daß Du immer sehr still und zurückhaltend warst, ganz anders als die meisten Deiner Landsleute, die ich kenne. Du hast auf mich immer ein bißchen traurig gewirkt.

Z: Ja, die Situation war schlimm. Ich hoffe, daß es künftig niemandem so ergehen muß. Man fühlt sich behandelt wie ein Tier. Damit will ich nicht sagen, die Menschen dort seien schlecht zu mir gewesen, aber es war doch ziemlich schwierig, selbst in den alltäglichsten Dingen eine Verständigungsbasis zu finden. Trotzdem fand ich sehr bald zahlreiche Menschen, die bereit waren, mir das Leben zu erleichtern. Auf eigene Initiative. Privat. Der Kontakt zu diesen Menschen half mir über die psychischen Schwierigkeiten, so gut es ging, hinweg. So traf ich auch auf Menschen, mit denen ich mich auf englisch leidlich verständigen konnte, auch einige Afrikaner. Und mir wurde ein Arbeitsplatz verschafft. Ich habe ungefähr vier Jahre lang bei der Firma Ploetner GmbH in Finnentrop gearbeitet. Das waren Maschinenreinigungsarbeiten in einem Schlachthof. Jetzt bin ich bei Profundus Clean GmbH, ebenfalls einem Reinigungsunternehmen.

"Als Sozialhilfeempfänger aber wollte ich nicht leben ..."

A: Ich kenne Maschinenreinigungsarbeit aus eigener Erfahrung. Ich war auch mal über einen Subunternehmer in einem Großbetrieb tätig, ohne zuständige Gewerkschaft usw. Das ist sicher alles andere als leicht.

Z: Ich hatte keine andere Wahl, denn in meinem erlernten Beruf gab es keine Beschäftigungsmöglichkeit. Als Sozialhilfeempfänger aber wollte ich nicht leben. Das verbot mir mein Stolz. Ich wollte niemandem auf der Tasche liegen, sondern etwas leisten für das, was ich bekam.

A: Wie waren die Arbeitsbedingungen? Blieb Dir auch Zeit, Dir die deutsche Sprache anzueignen?

Z: Es gab abwechselnd Früh- und Spätschicht, ich war meist in der Spätschicht, die ging von 13

bis 22 Uhr; dazwischen zweimal eine halbe Stunde Pause, so daß ich auf 8 Stunden kam. Für das Erlernen der Sprache waren diese Verhältnisse nicht günstig. In der Gegend wurde überhaupt kein Sprachkurs angeboten, und damit gab es auch objektiv keine Möglichkeit. Du siehst ja selbst, was ich gelernt habe.* Allmählich gewöhnt man sich an diese harte Arbeit - und ich hatte mein eigenes Geld. Zugleich konnte ich so in anderen Städten Kontakte knüpfen, unter anderem auch zu anderen Äthiopiern und äthiopischen Organisationen, wobei ich mich besonders im Komitee zur Unterstützung der EPRP, Sektion Deutschland, betätigt habe. Ich bin dort Mitglied, zahle regelmäßig Beiträge, beziehe Zeitschriften und schreibe auch Beiträge. Ich nehme an Veranstaltungen teil und bereite politische Diskussionsabende und Demonstrationen mit vor.

A: Was ist die EPRP für eine Organisation? Wofür tritt sie ein?

Z: Allgemein kann man feststellen, daß die EPRP auch am Kampf gegen den Derg beteiligt war; nach der Machtübernahme der TPLF - die sich jetzt EPRDF nennt - in Addis Abeba wurde die EPRP wieder verboten. Diese Partei entspricht am meisten meinen eigenen Anschauungen. Ich hatte bereits in der Tschechoslowakei auch Kontakt zur EPRP bekommen - über den äthiopischen Studentenverband dort, aber im Untergrund, denn diese Partei war auch in der CSSR verboten. Mein Kontakt war damals auch noch sehr lose. Heute gibt es scharfe Widersprüche zwischen EPRDF und EPRP, bis zum Sieg der EPRDF jedoch saßen beide Organisationen im selben Lager. Die Meinungsunterschiede wurden damals vertagt, denn die Bekämpfung des Derg war wichtiger.

"Da kann man sich lebhaft vorstellen, was da für eine Zeitbombe tickt"

A: Was ist seit dem Machtantritt der EPRDF abgelaufen? Wie haben sich die Meinungsunterschiede in der Praxis gezeigt?

Z: Man kann die Entwicklung der ethnischen Widersprüche in Äthiopien etwa mit der in Jugoslawien vergleichen. Nur in Äthiopien ist das noch komplexer. Während früher - in der Hinsicht hat der Derg einiges gut gemacht - alle als äthiopisch galten, wird jetzt plötzlich unterschieden nach Oromo, Amhara, Tigray, Somali, Afar usw. Sie lassen in ihre Kreise andere kaum hinein. In Äthiopien gibt es rund 80 verschiedene Nationalitäten mit etwa 200 Sprachen und Dialekten. Da kann man sich lebhaft

vorstellen, was da für eine Zeitbombe tickt, wenn diese Zersplitterung zu verschärften Auseinandersetzungen führt. In der Behandlung dieser Frage liegt eine der wesentlichen Differenzen zwischen EPRDF und uns. Zunächst aber erst einiges zur Geschichte der EPRP: Die Partei ist 1975 in Addis Abeba gegründet worden, existiert also bereits über 20 Jahre. Seit September 1994 hat sie ein neues Programm und eine neue Satzung. Die politischen Forderungen lassen sich so zusammenfassen: Wir fordern eine Wahl, an der alle repräsentativen äthiopischen Parteien und Organisationen beteiligt werden. Demokratische Rechte wie das Recht, alles sagen, schreiben und lesen zu dürfen.

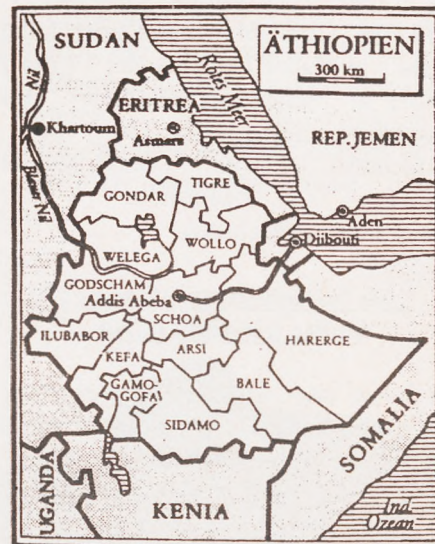
"Nicht von ungefähr haben alle wichtigen Oppositionsparteien die Wahl 1995 boykottiert ..."

- A: Tut das die EPRDF denn nicht?
- Z: Auf dem Papier ja. Aber das muß praktisch gemacht werden. Die Medien dürfen nicht nur denen zur Verfügung stehen, die für die EPRDF sind oder sich ihr unterordnen, sondern für alle repräsentativen politischen Parteien und Ansichten. Nicht von ungefähr haben daher alle wichtigen Oppositionsparteien die Wahl 1995 boykottiert. Weiter treten wir ein für eine Trennung von Staat und Kirche.
- A: Soweit ich weiß, hat sich doch auch die EPRDF darum bemüht, religiöse Widersprüche, insbesondere zwischen Christen und Moslems, nicht in den Vordergrund treten zu lassen. Sonst hätte sie doch kaum den Derg stürzen können.
- Z: Der EPRDF-Grundsatz der Religionsfreiheit hat heute dazu geführt, daß sich alle möglichen Kirchen und Sekten bei der Seelenfischerei tummeln und gegenseitig heftig befehden und damit die Menschen zusätzlich gegeneinander aufhetzen und von den wichtigen Problemen des Landes ablenken. Die EPRDF spielt sich da als Beschützerin auf, indem sie sich immer auf die gerade schwächere gegen die jeweils stärkere Seite stellt, und wenn diese schwächer wird, umgekehrt. Nach den Ursachen wird nicht gefragt. Also eine Art Schaukelpolitik. Wir sind für die Gleichberechtigung von Mann und Frau und wollen nicht, daß diese den religiösen Parteien ge-

opfert wird. Weiter fordern wir die freie Marktwirtschaft.

"Nach den Erfahrungen mit dem Derg ist 'Sozialismus' erst einmal tot ..."

- A: Kann das denn Äthiopien aus der Klemme helfen?
- Z: Faktisch gibt es keinen Markt in Äthiopien. Die Menschen sind bitter arm und haben keine Kaufkraft. Und es herrscht ja jetzt überall der "freie Weltmarkt". In dem Punkt bestehen übrigens keine Differenzen zur EPRDF. Man mag das für problematisch halten, aber soviel ich weiß, wollen die meisten Menschen in Äthiopien das erst einmal verwirklicht sehen, damit unser Land überhaupt erst einmal konkurrenzfähig wird und nicht von vornherein abgeschrieben wird. Dann kann man ja weitersehen, was wird. Wenn du heute etwas anderes sagst, bist du politisch out, hast du dort keinen Einfluß. Nach der Erfahrung mit dem Derg ist "Sozialismus" erst einmal tot. Davon will niemand was wissen. Bisher haben nur Anhänger



der EPRDF die Möglichkeit bekommen, sich als Kaufleute am Wettbewerb zu beteiligen, meist aus Tigray oder Eritrea. Der Rest der Bevölkerung, der nicht daran teilnehmen durfte, hat außer dem Wort "Free Market" nichts davon gesehen. Die wohl wichtigste Differenz zur EPRDF: Wir fordern gleichberechtigte Behandlung aller Nationalitäten in Äthiopien,

unter der Voraussetzung, daß alle für ein einiges Äthiopien eintreten.

"Stell Dir vor, ein Brief nach Köln würde dort nur akzeptiert, wenn er auf rheinländisch abgefaßt wäre ..."

A: Die Differenz ist mir da nicht klar. Die EPRDF will das doch auch,

Z: Ja, aber nicht in einem einigen Äthiopien. Das Beispiel der Entlassung von Eritrea aus dem äthiopischen Staatsverband macht Schule. Das war gleichsam der erste Sündenfall. Heute wollen die Oromo ihren eigenen Staat, die Afar usw. Daraus muß man lernen, ehe es zu spät ist und eine Situation wie etwa in Ruanda oder Jugoslawien eintritt. Als Splitterstaaten hätten wir überhaupt keine Chance mehr. Davor habe ich Angst. Die TPLF/EPRDF stützt sich nur auf eine ethnische Gruppe, auf die sie sich verlassen kann: Tigray. Sie duldet die organisatorische Ausformung der anderen 80 Nationalitäten und ruft damit die Geister, die sie nicht mehr loswird. Schon jetzt überfällt die eine Nationalität die andere; die Regierung ist außerstande, diese Konflikte zu bändigen. Es besteht die Gefahr, daß das Land in einem neuen Bürgerkrieg versinkt. Offiziell gilt Amharinya zwar als Landessprache, weil drei Viertel aller Äthiopier diese Sprache sprechen können, aber heute braucht man z.B. im Fernsehen für ein bisher 4stündiges Programm mindestens das Dreifache an Zeit, weil das Programm in 3 bis 4 verschiedenen Sprachen gesendet werden muß. Bei behördlicher Post muß man z.B. überlegen, was für eine Sprache in dem Zielgebiet offiziell gesprochen wird, sonst kommt sie zurück. Und dieser Wirrwarr findet heute bei rund 80 Nationalitäten und 200 verschiedenen Sprachen und Dialekten statt. Dolmetscher und Übersetzer haben dabei Hochkonjunktur, aber das Land wird durch diese Kommunikationsprobleme wirtschaftlich noch mehr in den Abgrund getrieben, als es ohnehin schon ist. Stell Dir vor, ein Brief nach Köln würde dort nur akzeptiert, wenn er auf rheinländisch abgefaßt wäre - wie man es jetzt beim Karneval im Fernsehen hört -, ein Brief nach Dresden nur, wenn er auf sächsisch geschrieben ist, ein Brief nach München, wenn bayrisch, oder nach Flensburg, wenn friesisch. Wenn ich an meinen Heimatort käme, wo ich geboren und aufgewachsen bin, könnte und dürfte ich dort in meiner Muttersprache Amharisch nicht arbeiten und leben, denn dieses Gebiet ist jetzt offiziell zum

Kommunikationsgebiet für Oromo und Adare erklärt worden, zwei Sprachen, die ich nicht beherrsche. Oromo verstehe ich zwar ein bißchen und kenne auch ein paar Wörter auf Adare, kann mich in diesen Sprachen aber nicht ausdrücken. Das ist ein Irrsinn, und das muß politisch bekämpft werden.

"Ich habe Interesse daran, auf die deutsche Politik gegenüber Äthiopien Einfluß zu nehmen ..."

A: Kannst Du noch etwas zu Deiner heutigen politischen Arbeit in Deutschland sagen? Und was für einen Erfolg versprichst Du Dir davon?

Z: Ich bin seit dem 03.07.93 Mitglied des EPRP-Komitees in Wiesbaden. Es tritt monatlich zusammen, um zur aktuellen Lage in Äthiopien zu beraten und öffentliche Veranstaltungen und Demonstrationen vorzubereiten, um so die Öffentlichkeit über die Lage unseres Landes unter der EPRDF zu informieren; zu solchen Versammlungen werden auch Vertreter anderer Organisationen eingeladen, wir streben den Zusammenschluß verschiedener Organisationen an; in Berlin gibt es z.B. ein Solidaritätskomitee für die politischen Gefangenen. Es gibt auch den Human Rights Council: dieser ist zwar in Äthiopien zugelassen, aber man versucht zugleich, ihn mundtot zu machen, indem man ihm den Geldhahn zudreht, z.B. sein Konto sperrt usw. Der Vorsitzende des Council, Professor Mesfin, war von uns eingeladen worden und hat über die Menschenrechtssituation in Äthiopien berichtet. Wir müssen nicht nur politische, sondern auch finanzielle Unterstützung organisieren, wir müssen versuchen, die politische Situation in Äthiopien unter Deutschen bekannt zu machen. Ich habe Interesse daran, Einfluß auf die deutsche Politik gegenüber Äthiopien zu nehmen.

"Eine Partei lebt von ihrer Basis, ihre Führer wären ohne die Basis nichts ..."

A: In dem Ablehnungsbescheid zu Deinem Asylantrag steht unter anderem, daß zwar EPRP-Führer verfolgt werden, einfache Mitglieder aber nicht. Was sagst Du dazu?

Z: Da kommt eine deutliche Unterschätzung der Mitglieder einer Partei zum Ausdruck, die weder von uns noch von unserem politischen Gegner geteilt wird. Eine Partei lebt von ihrer Basis, ihre Führer wären ohne die Basis nichts. Führer, die im Blickpunkt stehen, können in

Wirklichkeit sogar weniger gefährdet sein als einfache Mitglieder, von denen der Gegner weiß, denn deren Schicksal steht nicht so im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. In Äthiopien dürfte z.B. nicht verborgen geblieben sein, daß ich regelmäßig Zeitschriften meiner Partei beziehe und weiterverteile. Du hast mich vorhin gefragt, warum ich mit meinen beruflichen Kenntnissen nicht nach Äthiopien zurückkehre. Das ist ganz einfach zu beantworten: Wenn jemand aus Europa nach Äthiopien zurückkehrt, fragt man dort nicht: "Was hat er gelernt?" sondern: "Wer ist er, was für eine Gruppe steht hinter ihm?" Je nach dem, wie diese Frage beantwortet wird, steht dann fest, ob der Betreffende eine Chance im Land bekommt oder eingesperrt wird, ob er keine Beschäftigung kriegt oder sogar umgebracht wird. Äthiopien 1996: Offiziell haben wir zwar alle Freiheitsrechte, aber in der Praxis kommt, wer sie ausübt, ins Gefängnis, wird vom Arbeitsplatz weggeholt und irgendwohin verschleppt usw. In der Hinsicht war der Derg sogar noch besser: Der hat seine Gegner sofort umgebracht bzw. umbringen lassen. Die EPRDF, die die Fahne Demokratie hoch hält, betreibt in Wirklichkeit willkürliche Haft, Folter, Verschwindenlassen von Menschen, die man in irgendwelchen unbekannten Gefängnislöchern ohne Essen und Trinken verrecken läßt, und dabei behauptet sie noch, sie würde - anders als der Derg - niemanden ohne gerichtliches Urteil hinrichten. Die Leute sterben ja auch so. Ich verweise hier auf den Äthiopienbericht von amnesty international vom 01.12.95 und auf Berichte des Human Rights Council of Ethiopia oder auch des Solidaritätskomitees für die politischen Gefangenen in Äthiopien, das seinen Sitz in Berlin hat, usw.

"Sie wollen immer, daß man nur auf ihre Fragen antwortet ..."

A: Ich habe den Eindruck, daß die Richter in Deinem Asylverfahren Dir Dein Engagement nicht glauben. Sie beschreiben das so, als habest Du nur sehr verschwommene politische Vorstellungen. In dem Gespräch mit Dir habe ich aber einen ganz anderen Eindruck gewonnen. Ihnen erscheint es z.B. schleierhaft, wieso Du plötzlich in Deutschland politisch tätig wirst, während Du Dich in der Tschechoslowakei nicht betätigt hast. Hast Du von Deinen Erfahrungen beim äthiopischen Studentenverband in der Tschechoslowakei der für Dein

Asylverfahren zuständigen Stelle etwas erzählt?

Z: Zunächst nicht. Das hatte die damals überhaupt nicht interessiert. Es schien also auch nicht wichtig zu sein. Man wollte nur wissen, wie ich zur EPRDF stehe. Mehr nicht. Den Derg gab es da schon nicht mehr. Später dann, als ich davon redete, wollte man plötzlich von mir wissen, warum ich das nicht schon früher gesagt hätte. Wie hätte ich wissen sollen, daß das auf einmal so wichtig war? Sie wollen immer, daß man nur auf ihre Fragen antwortet, und hinterher drehen sie einem vielleicht einen Strick daraus, wenn man sich daran hält. Es setzt einem ganz schön zu, wenn man einem Wechselbad der Gefühle ausgesetzt wird: Mal sollte ich bis zu einem bestimmten, sehr kurzfristig angesetzten Zeitpunkt das Land verlassen, dann kriege ich eine zweiwöchige Aufenthaltsgestattung, keine Aufenthaltsgenehmigung oder -erlaubnis, dann wieder wird das davon abhängig gemacht, ob man einen Arbeitsplatz hat, eine Arbeitserlaubnis und damit einen Arbeitsplatz aber kriegt man nicht, wenn man keine Aufenthaltsgenehmigung bekommt - so beißt sich die Katze in den Schwanz. Man wird ständig auf Trab gehalten. Und wenn man einen Termin verpaßt, läuft man Gefahr, festgenommen und ins nächste Flugzeug nach Addis Abeba gesteckt zu werden. Das kann einen krank machen. Ich habe immerhin das Glück, daß mein Arbeitgeber mich nicht fallen läßt, sondern weiterbeschäftigt. Und meine Arbeitskollegen stehen hinter mir.

"... nicht durch psychische Belastung in den Tod zu treiben"

A: Du bist sicher nicht der einzige Asylsuchende, dem es hier so ergeht. Letztes Jahr sollen unter anderem zwei Deiner Landsleute, die hier in Abschiebehaft waren, Selbstmord verübt haben. Ist Dir davon etwas bekannt?

Z: Darüber sprechen wir natürlich auch. Der eine, Yohannes Alemu, befand sich nicht in Abschiebehaft, man hatte ihm aber die Abschiebung angedroht. In Bayern. Ich meine, es war Regensburg. Er ist in den Fluß - es muß dann der Regen gewesen sein - gesprungen und hat sich so ertränkt. Abeyu Telaye dagegen befand sich in Abschiebehaft in Würzburg, als er sich am 18.03.95 in seiner Zelle erhängt hat. Dazu fand eine große Demonstration in Würzburg statt, bei der wir an die Bundesregierung appelliert haben, äthiopische Asylsuchende nach der Genfer Konvention zu behandeln und

nicht durch psychische Belastung in den Tod zu treiben.

"... denen man sogar Kleider und Schuhe auszog, bevor man sie über die Grenze jagte"

A: *Kommen wir noch auf Deine Familie zu sprechen: Hast Du zu Deinen Verwandten Kontakt?*

Z: Zu meinen Eltern habe ich keinen Kontakt. Die Möglichkeit gibt es nicht mehr, denn sie wohnen in einem kleinen Ort in Südostäthiopien, Harer. Zudem sind sie Amhara, aber Harer liegt heute ja in der zur Oromo-Region erklärten Zone. Das macht mir große Sorgen. Es hat dort ja Massaker an den Amhara gegeben. Ich weiß nicht einmal, ob sie noch leben. Ob sie vielleicht vertrieben sind. Ich weiß es nicht. Ich habe noch 3 Brüder und 3 Schwestern. 4 meiner Geschwister sind in Harer geblieben, da gilt das, was ich schon von meinen Eltern gesagt habe. 2 meiner Brüder waren in Eritrea beschäftigt: Einer war Techniker in einer Erdölraffinerie in Asab, einer Marinekapitän, der Standort seines Schiffes war Massaua am Roten Meer. Der erste wurde als Äthiopier, d.h. Nicht-Eritreer, angesehen und galt damit automatisch als Vertreter des Derg, er wurde vertrieben, wie man es mit vielen anderen auch gemacht hat, denen man sogar Kleider und Schuhe auszog, bevor man sie über die Grenze jagte. Der andere kam, weil er als Kapitän vom Staat besoldet worden war, erst einmal ins Gefängnis, wurde dann nach einem Jahr entlassen, aber sofort erneut verhaftet, angeblich weil er andere Gefangene befreien wollte. Was daran stimmt, weiß ich nicht. Seitdem weiß ich nichts mehr über seinen Verbleib. Ich bin weiterhin darum bemüht, herauszufinden, was aus meiner Familie geworden ist.

"Hoffentlich macht das Votum der Bevölkerung auch auf die Ausländerbehörden Eindruck ..."

A: *Kannst Du zum Schluß noch etwas über die Solidarität Deiner Kollegen am Arbeitsplatz sagen?*

Z: Nicht nur dort, sondern überhaupt am Ort. Finnentrop ist eine kleine Ortschaft, aber dort haben sich die Lokalzeitungen meiner Sache angenommen, und es sind rund 300 Unterschriften gegen meine Abschiebung gesammelt worden. In dem Text heißt es: "(...) Wir kennen ihn (Zelege Eshete) schon seit fast 4 Jahren

und haben ihn schätzen gelernt. Wir wissen alle, daß er politisch Verfolgter ist. (...) Daher sind wir dagegen, daß er abgeschoben wird." Das ist sehr ermutigend, und hoffentlich macht das Votum der Bevölkerung auch auf die Ausländerbehörden Eindruck. Insgesamt kann ich nur feststellen, daß man einem solchen Druck, dem ich ausgesetzt war und bin, nur widerstehen kann, wenn man einen starken Lebenswillen hat und weiß, was man will.

A: *Wie siehst Du Deine Chancen in dem Asylverfahren?*

Z: Ich habe noch nicht aufgegeben und hoffe immer noch, daß die deutschen Behörden die wirkliche politische Situation in Äthiopien berücksichtigen werden. Ich will nicht in ein Land, wo unter dem Vorwand von Demokratie Menschenrechte mit Füßen getreten werden, wo unter dem Vorwand von Gleichberechtigung der Völker und Nationalitäten ethnische Konflikte geschürt werden, wo politische Gegner einfach verhaftet oder gefoltert werden oder auf Nimmerwiedersehen verschwinden. Daher habe ich einen Asylfolgeantrag gestellt und begründet und hoffe und warte darauf, daß die Richter zu meinen Gunsten entscheiden. Es geht schließlich um mein Leben.

A: *Zelege, ich danke Dir für dieses Gespräch.*

*) *Das Gespräch fand mit Hilfe eines Dolmetschers auf amharisch, englisch und deutsch statt. Zelege versteht zwar einiges auf deutsch, kann selbst aber kaum Deutsch sprechen.*

Legende:

CSFR	= Tschechoslowakische Föderative Republik
CSSR	= Tschechoslowakische Sozialistische Republik
EPRDF	= Äthiopische Volksrevolutionäre Demokratische Front
EPRP	= Äthiopische Volksrevolutionäre Partei
TPLF	= Tigrinische Volksbefreiungsfront

INTERNATIONALE DER HOFFNUNG

EZLN ruft zu "Interkontinentaler Begegnung" auf

Wir dokumentieren im folgenden die "Erste Erklärung von La Realidad - Gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit". Sie wurde übersetzt von Manuel Kellner von der Redaktion der Sozialistischen Zeitung (SoZ).

AN DIE VÖLKER DER WELT

In den letzten Jahren haben die Herrschenden ihr kriminelles Gesicht unter einer neuen Maske präsentiert. Über die Grenzen hinweg erniedrigt die Macht des Geldes die Würde, beleidigt die Ehrlichkeit und meuchelt die Hoffnungen. Wohl bekannt unter dem Namen "Neoliberalismus" wird mit dem historischen Verbrechen der Konzentration von Privilegien und Reichtümern Elend und Verzweiflung verallgemeinert.

Ein neuer Weltkrieg wird geführt, aber diesmal gegen die Menschheit insgesamt. Wie in allen Weltkriegen geht es um die Neuaufteilung der Welt.

Diesen modernen Krieg nennen sie "Globalisierung". Die neue Aufteilung der Welt besteht darin, die Macht in der Hand der Mächtigen und das Elend bei den Elenden zu konzentrieren.

Die neue Aufteilung der Welt grenzt die "Minderheiten" aus: Indigenas, Jugend, Frauen, Schwule, Lesben, Farbige, Immigrantinnen und Immigranten, Arbeiterinnen und Arbeiter, Bäuerinnen und Bauern. Die Mehrheiten, die das Fundament der Gesellschaft bilden, werden von den Mächtigen zu "Minderheiten" erklärt, die man nicht braucht - die neue Aufteilung der Welt grenzt die Mehrheiten aus.

Die moderne Armee des Finanzkapitals und der korrupten Regierungen marschiert und

erobert auf die einzige ihr mögliche Weise: indem sie zerstört. Die neue Aufteilung der Welt findet nur für das Geld und seine Diener statt. Männer, Frauen und Maschinen finden sich in einem Topf wieder, in gleicher Weise unterworfen und gegebenenfalls verzichtbar. Die Lüge regiert und vervielfacht ihre Mittel und Methoden.

Eine neue Lüge wird uns im Gewand von Geschichtsschreibung serviert. Die Lüge von der Niederlage der Hoffnung, die Lüge von der Niederlage der Würde, die Lüge von der Niederlage der Menschheit. Und als Gegengewicht: die Lüge vom Sieg des Zynismus, die Lüge vom Sieg der Kriecherei, die Lüge vom Sieg des Neoliberalismus.

Statt Menschlichkeit bieten sie uns Börsennachrichten, statt Würde Globalisierung des Elends, statt Hoffnung Leere, statt Leben die Internationale des Terrors.

Gegen die Internationale des Terrors, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung errichten. Die Einheit - über die Grenzen, Sprachbarrieren, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Denkrichtungen hinweg - all derer, die das Leben der Menschheit vorziehen.

DIE INTERNATIONALE DER HOFFNUNG

Nicht die Bürokratie der Hoffnung, nicht das umgedrehte und

schon dadurch ähnliche Bild derjenigen, die uns vernichten. Nicht die Herrschaft unter einem neuen Banner oder mit einer neuen Rechtfertigung. Sondern einen Atem, den Atem der Würde. Sondern eine Blume, eine Blume der Hoffnung. Sondern ein Lied, das Lied des Lebens.

Die Würde ist das Vaterland ohne Nationalität, die rebellische Unbeugsamkeit, die auf Grenzen, Zölle und Kriege pfeift. Die Hoffnung ist die Rebellion gegen Konformismus und Niederlage.

Das Leben ist, was sie uns schulden: das Recht zu regieren und uns selbst zu regieren, in einer Freiheit zu denken und zu handeln, die sich nicht auf die Unfreiheit der anderen stützt, das Recht, zu geben und zu erhalten, was gerecht ist.

Aus allen diesen Gründen wendet sich die **Zapatistische Nationale Befreiungsarmee (EZLN)** an alle, die über Grenzen, Rassen und Hautfarben hinweg das gleiche Lied des Lebens, des Kampfes gegen den Tod, die Blume der Hoffnung und den Atem der Würde teilen (...)

An alle, die für die menschlichen Werte von Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen.

An alle, die sich um Widerstand gegen das "Neoliberalismus" genannte Weltverbrechen bemühen und deren Streben darauf gerichtet ist, daß die Menschheit und die Hoffnung auf

Besserung Synonyme für Zukunft werden.

An alle Individuen, Gruppen, gesellschaftliche und politische Organisationen, an die Gewerkschaften, an die Vereinigungen in den Wohnorten, an die Kooperativen, an alle nur denkbaren linken Gruppen, an die Nichtregierungsorganisationen, an die Gruppen, die Solidarität mit den Kämpfen der Völker der Welt üben, an Banden, Stämme, Intellektuelle, Indigenas, Arbeiterinnen und Arbeiter, Künstlerinnen und Künstler, Lehrerinnen und Lehrer, kulturelle Vereinigungen, Jugendbewegungen, alternative Mediengruppen, ökologische Gruppen, Lesben, Schwule, Friedensbewegungen.

An alle Obdachlosen, Landlosen, Erwerbslosen, Hungernden, medizinisch Unterversorgten, an alle, denen Bildung, Freiheit, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit, Demokratie, Frieden, Heimat, Zukunft verweigert wird.

An alle, die über Hautfarben, Rassen und Grenzen hinweg die Hoffnung zu ihrer Waffe und zu ihrem Banner machen.

Sie alle rufen wir zur **Interkontinentalen Begegnung für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus** auf. Diese Begegnung soll **zwischen April und August 1996 auf den fünf Kontinenten** mit den folgenden Aktivitäten verwirklicht werden:

Erstens: Vorbereitende kontinentale Versammlungen im April 1996 an folgenden Orten:

1. Europäischer Kontinent: Berlin (Deutschland).
2. Amerikanischer Kontinent: La Realidad (Chiapas, Mexiko).
3. Asiatischer Kontinent: Tokyo (Japan).
4. Afrikanischer Kontinent: noch festzulegen.
5. Ozeanischer Kontinent: Sidney (Australien).

Wohlgemerkt: Die Orte der Versammlungen können sich ändern, wenn die jeweils organisierenden Gruppen so entscheiden.

Zweitens: Internationale Begegnung für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus vom **27. Juli bis zum 3. August 1996** im zapatistischen **Aguaascalientes (Chiapas, Mexiko)**.

Themen:

- Wie lebt man unter dem Neoliberalismus?
- Wie übt man Widerstand gegen den Neoliberalismus?
- Wie kämpft man und welche Vorschläge zum Kampf gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit gibt es - unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten (Gruppe 1), unter politischen Gesichtspunkten (Gruppe 2), unter sozialen Gesichtspunkten (Gruppe 3) und unter kulturellen Gesichtspunkten (Gruppe 4)?

Organisierung: Die vorbereitenden Versammlungen in Europa, Asien, Afrika und Ozeanien werden von den Solidaritätskomitees mit dem zapatistischen Aufstand, nahestehenden Organisationen und Gruppen organisiert, die am Kampf gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit interessiert sind. Wir rufen die Gruppen aller Länder dazu auf, für die Organisation und Durchführung der vorbereitenden Versammlungen vereint zusammenzuarbeiten.

Die Internationale Begegnung für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus vom 27. Juli bis zum 3. August 1996 in Chiapas, Mexiko, wird von der EZLN, von mexikanischen Bürgerinnen und Bürgern und Nichtregierungsorganisationen organisiert, die zur gegebenen Zeit bekannt gemacht werden.

Anmeldungen: Die Anmeldungen für die vorbereitenden Versammlungen der fünf Kontinente erfolgen bei den

organisierenden Komitees, die sich jeweils in Europa, Asien, Afrika, Ozeanien und Amerika herausbilden werden.

Die Anmeldungen für die Begegnung in Chiapas (Mexiko) erfolgen bei den Solidaritätskomitees mit dem zapatistischen Aufstand, beim Volk von Chiapas, beim mexikanischen Volk. In den jeweiligen Ländern und in Mexiko bei der Organisationskommission, die zum gegebenen Zeitpunkt bekanntgegeben wird.

Allgemeine und interkontinentale Anmerkung: Alles, was in diesem Aufruf nicht geklärt ist, wird von den jeweiligen Organisationskomitees gelöst werden, soweit es die kontinentalen vorbereitenden Versammlungen betrifft, und vom Organisationskomitee, soweit es die Begegnung in Chiapas betrifft.

Brüder,

Die Menschheit lebt in jeder Brust von uns allen, und wie das Herz zieht sie die linke Seite vor. Man muß sie wiederfinden, wir müssen einander wiederfinden. Es ist nicht nötig, die Welt zu erobern. Es genügt, sie zu erneuern. Wir. Jetzt.

Demokratie ! Freiheit ! Gerechtigkeit !

Aus den Bergen des mexikanischen Südostens. Für das Klandestine Revolutionäre Indigena - Komitee der Zapatistischen Nationalen Befreiungsarmee

Subcommandante Marcos Mexiko, Januar 1996

18. Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen in NRW

Am Samstag, dem 2. März 1996, trafen sich in Duisburg etwa 180 Menschen zur "landesweiten Konferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen". Schon das Motto "Wir lassen nicht locker !" deutete die zunehmende Perspektivlosigkeit des hier vertretenden Spektrums antifaschistischer Arbeit und die Tendenz zu zunehmender Unschärfe in ihren antifaschistischen Fragen und Antworten an. Wer nun was, wobei und mit welcher Zielsetzung "nicht locker läßt", blieb bis zum Schluß der Veranstaltung einigermaßen dunkel.

In über zehn Arbeitsgruppen mit Fragen zur "Entwicklung der alten und neuen Rechten", Bundeswehreinsätzen im Ausland (in dieser AG deutete schon die Fragestellung "Renaissance des Militarismus als Lehre aus dem Faschismus ?" auf eine gewisse Verwirrtheit hin), Abschiebep Praxis in NRW, Landespolitik und rechtsradikale Kräfte: Die Förderung der Hermann-Niermann - Stiftung, Rassismus und Faschismus in Schulen, Bürgerrechte/Wahlrecht für alle, Auseinandersetzung mit türkischen Faschisten und Friedensaktionen (Ostermarsch 1996) wurde zwar ein interessantes Spektrum antifaschistischer Themen angeboten, dies konnte jedoch nicht über den zentralen Mangel der Konferenz hinwegtäuschen: Es gab keinen Erfahrungsaustausch antifaschistischer "Initiativen und Organisationen", es gab keine umfangreiche Analyse antifaschistischer Tätigkeit in NRW, und es

gab somit auch keine Orientierung, welche praktischen Aufgaben AntifaschistInnen in NRW in den kommenden Monaten angehen wollen. Auf dem Schlußplenum wurde eine Resolution gegen die Polizeiüberfälle auf einen türkischen Verein in Duisburg verabschiedet, die Unterstützung des "Hannoveraner Appells" und ein Antrag an die Bundesregierung, das Gesetz über die "Abschiebehaft" ersatzlos zu streichen, beschlossen.

Daß das alles kein Zufall ist, zeigte sich schon in der Gestaltung des Vormittags: Der Vorbereitungsausschuß ließ statt des früher praktizierten Erfahrungsaustausches zwischen einzelnen Städten eine Podiumsdiskussion unter dem Motto "Was bewirkt Rot-Grün gegen Schwarz-Braun ?" vorführen.

Zwischen den DiskussteilnehmerInnen (U. Sander, VVN; H. Hammad, B 90/Die Grünen; M. Müller, Flüchtlingsrat NRW;

Hysein Avgan, DIDF; S. Strack, Infoladen Wuppertal) kam es unter der Leitung von A. Schubert (DISS Duisburg) nicht zu einer Debatte, vielmehr erzählte jede/r lang und (teils unergiebig) über sein jeweiliges Aufgabengebiet.

Die Beurteilung der NRW-Koalition beschränkte sich darauf, daß alle sie als "wenig erfolgreich" aus antifaschistisch-antirassistischer Perspektive ansahen, wobei mehrfach lobend hervorgehoben wurde, daß auf Initiative von B 90/Die Grünen immerhin 4 Mio. für die "vergessenen Opfer des NS-Regimes" lockergemacht wurden.

Es war der Vertreter von DIDF, der immerhin deutlich machte, daß gefaßte Beschlüsse die Tatsache eines weit verbreiteten alltäglichen Rassismus in Kommunen und Behörden nicht beseitigten. Interessant sicher auch die vom Vertreter des Wuppertaler Infoladens berichtete Strafanzeige gegen Beamte des Wuppertaler Staatsschutzes

wegen "Unterstützung einer kriminellen Vereinigung" (129) und weiterer Delikte (Hintergrund ist die jahrelang durch den Staatsschutz betriebene Organisation und Aufbauhilfe für Naziorganisationen unter dem Vorwand, man habe an die höheren Nazi-Kader herankommen wollen).

J. Angenfurt wies in dem nach der Podiumsrunde geführten Gespräch in und mit dem Plenum

auf die Schließung der "Villa Meerländer" in Krefeld hin, welche die "erste offizielle Gedenkstätte" im alten Bundesgebiet gewesen sei.

K. Heiler war der einzige, der nicht mit "Rot-Grün" kritisch umging, sondern mit den "Antifa-Initiativen". So habe es beschämenderweise keine breiten Aktivitäten nach dem Brand in Lübeck gegeben. Heiler forderte auch die Absetzung des Chefs des Verfassungsschutzes

NRW, Baumann, da dieser gesagt habe, die Gesellschaft brauche die Neonazis "als Hefe".

Dies blieb allerdings auf dieser Konferenz weitgehend der einzige Hinweis darauf, daß antifaschistische Tätigkeit auch (und zwar eine ganze Menge) mit der Entwicklung und der Bekämpfung von Faschismus und Rassismus innerhalb des Staates,

insbesondere seiner Organe unmittelbaren "Zwangs", zu tun hat.

Beschlüsse oder Resolutionen gegen den staatlichen Terror gegenüber kurdischen und türkischen Organisationen, gegen die Durchsuchungs- und Beschlagnahmungsaktionen gegenüber ihren Vereinen, gegen die Verbotsverfügungen zahlreicher Kulturveranstaltungen wurden nicht gefaßt. Ein Vorschlag zu Bekämpfung der türkischen Faschisten wurde nicht vorgelegt.

So bleibt nur zu hoffen, daß die praktische Zusammenarbeit zwischen ausländischen und deutschen revolutionären, antifaschistischen und demokratischen Organisationen zu einer Verstärkung antifaschistischer Tätigkeit führen kann.

WT (Antifaschistischer Bund Ruhrgebiet)



Kurt-Schumacher-Platz 1a, 44787 Bochum Eingang Hellweg, Tel.: 0234/ 12967

TÄGLICH GEOFFNET AB 18.00 UHR

MIT EINER SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



SWB
Sonnen- und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann-Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

Zwei Resolutionen der 18. antifaschistischen Landeskonferenz NRW

1) *Hannoveraner Appell "Für die Beendigung des Krieges und ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben des kurdischen und des türkischen Volkes"*

Zum zweiten Mal nach 1993 hat die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) einen einseitigen Waffenstillstand verkündet. Die bisherige Reaktion der türkischen Regierung läßt befürchten, daß auch dieses Angebot zur Einstellung der Gewalt und zur friedlichen, politischen Lösung der Kurdenfrage ungenutzt bleibt. Deshalb wenden wir uns heute an die Öffentlichkeit mit der Bitte um Zustimmung und Unterstützung unseres Appells, der an die Bundesregierung, den Europarat und die Staaten der EU gerichtet ist.

Wir rufen dazu auf, diesen erneuten Versuch zur Beendigung des Krieges zum Zeitpunkt der Aufnahme der Türkei in die Zollunion der EU und der Bildung einer neuen türkischen Regierung zu nutzen, um ein wirklich neues Kapitel in den Beziehungen zwischen dem türkischen und kurdischen Volk einzuleiten. Wir appellieren dabei insbesondere an die Bundesregierung, ihren Einfluß auf die türkische Regierung auszuüben, das Waffenstillstandsangebot positiv mit der eigenen Einstellung von Kriegshandlungen zu beantworten und in Gespräche mit der kurdischen Seite über das friedliche und gleichberechtigte Zusammenleben innerhalb der bestehenden Grenzen einzutreten. Alle Staaten der Europäischen Union sind nunmehr verpflichtet, den Prozeß der Demokratisierung in der Türkei zu unterstützen und die unverzichtbare Achtung der Menschenrechte mit allen Mitteln durchzusetzen. Dazu gehört, daß die Militärlieferungen solange eingestellt werden, wie nicht der Friede innerhalb der Türkei hergestellt ist. Dazu gehört aber auch, daß die wirtschaftliche Kooperation nicht ungeachtet der Bereitschaft zu einer friedlichen Lösung der Kurdenfrage weitergeführt wird und die Bemühungen der kurdischen Seite zum Aufbau von Institutionen für politische Verhandlungen wie das Exilparlament ernst genommen und genutzt werden. Derartige Initiativen werden gleichzeitig der Entspannung zwischen der kurdischen Bevölkerung im Exil und den staatlichen Behörden dienen

und zur Anerkennung der kurdischen Vereinigungen führen. Allerdings erfordert dies die Aufhebung der Verbote kurdischer Vereine und Organisationen in der BRD. 11 Jahre schon dauert dieser sinnlose Krieg, der mit den zahllosen Toten, der Vertreibung von Hunderttausenden und der Vernichtung von über 3000 Dörfern und Städten in Kurdistan immer mehr das Ausmaß eines Völkermordes annimmt, der aber auch die türkische Gesellschaft in eine tiefe Krise getürzt hat. Die internationale Gemeinschaft darf diesem mörderischen Konflikt nicht länger tatenlos zuschauen. Wir appellieren daher an die Bundesregierung, das Europaparlament und die Staaten der EU, den einseitigen Waffenstillstand als wirkliche Chance für den Frieden anzunehmen und alles, was in ihren Möglichkeiten steht, zu ergreifen, damit auch die türkische Seite den Weg der Gewalt verläßt und dem sich anbietenden Dialog zu einer politischen Lösung der Konflikte zustimmt. (Koordination: Kurdistan-Informationszentrum Postfach 101937, 50459 Köln)

2.) Resolution gegen den Polizeieinbruch auf Immigranten-Arbeiter- und Jugend-Verein in Duisburg-Pollmann

Am 21.2.1996 hat die deutsche Polizei den Immigranten-Arbeiter und Jugend Kulturverein in Duisburg-Pollmann angegriffen. Die Tür wurde aufgebrochen und das Schloß ausgewechselt. Die Polizei hinterließ eine Nachricht, daß der Vorstand die Schlüssel abholen sollte.

Gleichzeitig wurden einige Wohnungen von Vorstands- und Vereinsmitgliedern gestürmt.

Die Wohnungen wurden durchsucht, ca. 10 Mitglieder des Vereins wurden festgenommen. Am 22.2.1996 wurde der Verein gegen ca. 15 Uhr nochmals angegriffen, ca. 15 Vereinsmitglieder und BesucherInnen mußten ihre Ausweise vorzeigen. Gegen 20 Uhr hat die Polizei mit drei Bussen, besetzt mit Spezialeinheiten (SEK), den Verein erneut angegriffen.

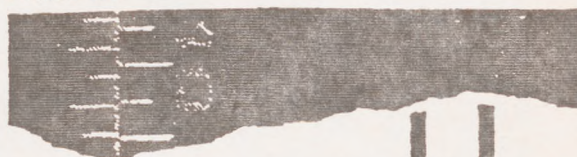
Diesmal wurden die 9 Anwesenden auf den Boden geschmissen, ihnen wurden

Handschnellen angelegt, und sie wurden geschlagen. Das Ergebnis: Zwei Vereinsmitglieder wurden verletzt, und eine Besucherin wurde auf die Wache mitgenommen.

Die 18. Landeskonferenz antifaschistischer Initiativen und Organisationen am 2. März in Duisburg protestiert entschieden gegen die Stürmung des AGIF-Vereinslokals in Duisburg-Pollmann und gegen die Festnahme der Vereinsmitglieder. Nicht zuletzt die Kritik von amnesty international macht deutlich, daß bei der deutschen Polizei Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie Gewalt und Schikanen gegen ausländische Menschen zugenommen haben. Die Übergriffe der deutschen Polizei in Duisburg reihen sich ein in eine Kette von Repressionen insbesondere gegen kurdische und türkische Organisationen in den vergangenen Monaten. Jegliche Kritik an der Politik des türkischen Staates, jegliche Unterstützung des kurdischen Freiheitskampfes soll offensichtlich in Deutschland ausgeschaltet werden. Dagegen müssen sich Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre gemeinsam und entschieden zur Wehr setzen.

Sofortige Freilassung der in Duisburg Festgenommenen! Hände weg von ImmigrantInnen-Vereinen in Deutschland! Weg mit allen Verboten gegen kurdische Organisationen! Hoch die internationale Solidarität!

(Beide Resolutionen wurden mit großer Mehrheit angenommen.)



Ché Coolala

Ché Coolala

LIVE-MUSIK-PROGRAMM • KNEIPE • RESTAURANT • DISCO • BIERGARTEN

Heyden-Rynsch-Straße 2 • 4600 Dortmund 1
Tel.: 0231/178145 • Fax: 0231/178347

Kalte Füße?

Beim Amtsgericht Lünen sollte am 20.02.1996 ein Prozeß gegen eine Gruppe von türkischen Faschisten (im Alter zwischen 19 und 25 Jahren) stattfinden, die am 12.05.1995 während einer Veranstaltung mit Norbert Blüm das AntifaZ-Redaktionsmitglied Aleksander Berisha (22 Jahre alt) zu 15 Mann krankenhaushausreif geschlagen hatten. Ähnliches hatten sie bzw. ihresgleichen bereits mit mehreren anderen demokratischen und fortschrittlichen Menschen Lünens gemacht, doch Aleks war der erste, der es riskiert hatte, die Justiz in Anspruch zu nehmen. Vor dem Gericht hatten sich bereits eine halbe Stunde vor dem auf 9 Uhr angesetzten Termin zahlreiche Interessierte eingefunden, schon von ihrer Gruppierung her deutlich in zwei Lager geschieden; dabei war auch der Chefredakteur der Ruhr-Nachrichten, die seinerzeit zunächst den Sachverhalt völlig verdreht wiedergegeben, sich nach entsprechender Kritik aber um eine korrekte Berichterstattung bemüht hatten; kleinere Trupps der Grauen Wölfe lungerten dort herum.

Der Prozeß fand nicht statt. 20 Minuten vor Beginn wurde mitgeteilt, der Richter sei krank.

Der Fall hatte in Lünen über Wochen hinweg Schlagzeilen gemacht. Nicht allein wegen des CDU-Politikers Blüm, dem damals das

Konzept seiner Rede entrisen und vor seinen Augen zerfetzt worden war, ohne daß die zu seinem Schutz anwesende Polizei eingriff. Er hatte nach einer Reise in die Türkei in einem Interview mit der BILD-Zeitung geäußert, daß dort die Menschenrechte mit Füßen getreten würden und damit für die Politik seiner Partei einen Faux pas begangen. Aleks war damals auf dem Heimweg von seiner Arbeit auf den Platz gekommen. Schon von weitem hatte er das laute Schreien "Türkiye! Türkiye!" gehört und beim Näherkommen das Schwenken der Fahnen mit dem türkischen Halbmond bemerkt. Als ein etwa 15 Mann starker Trupp der türkischen Jungfaschisten, angeführt von dem Dortmunder Studenten Erkan T., seiner ansichtig wurde, fielen sie mit wüsten Beschimpfungen über ihn her, schlugen ihn nieder und traten mit Füßen auf Kopf und Körper des ohnmächtig am Boden Liegenden. Daß er nicht schweren Schaden erlitt, verdankte er dem beherzten Eingreifen der Caritas-Funktionärin und Lünener Ratsfrau Strauch, die dafür auch einige Schläge einstecken mußte, ehe eine Gruppe von etwa 20 m entfernt stehenden Polizisten sich herbeibequeme. Festgenommen wurde von den Tätern, die erst da von ihrem Opfer abließen, damals keiner.

Nun, etwa 9 Monate später,

und nachdem feststand, daß der Termin geplatzt war, bekam einer der Trupps junger Herrenmenschen offenbar wieder "Oberwasser". Vor dem Gerichtsgebäude mußte ein türkischer Dolmetscher, der sie betreute und bei der Gegenpartei um "gut Wetter" bemüht war, seine "Schützlinge" davon abhalten, erneut "die Sau herauszulassen" und sich auf offener Straße mit Freunden und Familienangehörigen von Aleks in eine Schlägerei einzulassen. Die Faschisten stiegen schließlich in zwei auf sie wartende Luxuslimousinen und brausten davon.

In einem anschließenden Gespräch wurde von einem Kenner der Lünener Szene festgestellt, daß der von den türkischen Nationalisten beherrschte Ausländerbeirat eine nicht unbedeutende Rolle spiele. Ein Sohn des Ausländerbeiratsvorsitzenden befindet sich unter den Angeklagten. Ob sich der von einer SPD-Lokalgröße geäußerte Verdacht, daß die Krankheit des Richters möglicherweise in kalten Füßen bestehe, bestätigt wird, die Zukunft zeigen. Wir wollen das nicht ausschließen. **M.A./K.D.**

Ein Bericht beider Autoren erschien auch in der türkischsprachigen Tageszeitung Evrensel vom 28.02.1996 unter der Überschrift "MHP'lilerin davasi ertelendi".

Der Termin ist jetzt auf den 07. Mai um 9 Uhr angesetzt worden.

**Liebe
AntifaZ-Redaktion!**

Zunächst einmal möchte ich Ihnen für den Beitrag "Eine Reise im Winter" in Ihrer jüngsten Ausgabe gratulieren. Ich habe diesen Artikel mit tiefer Bewegung gelesen und mich dabei daran erinnert, daß ich mal einen kritischen Leserbrief an Sie geschrieben habe.

Im Zusammenhang mit dem Leserbrief, den ich vor ungefähr einem Jahr an die AntifaZ schrieb (es war eine Kritik an der Arbeit der Redaktion), hat mich damals ein Redakteur aufgesucht und zur Mitarbeit aufgefordert, wobei er mir vorschlug, nicht nur Kritik zu üben, die selbstverständlich auch mit einer entsprechenden Stellungnahme des Redaktionsmitgliedes, dessen Artikel besonders kritisiert worden sei, abgedruckt werde (meine Kritik war damals allgemeiner, aber an einem Artikel besonders festgemacht), aber es sei wichtig, daß ich auch selbst etwas zur Sache beitrüge. Er meinte damit, ich solle eventuell Mitglied der Redaktion werden (was ich aus zeitlichen Gründen nicht kann), zumindest aber mal den Standpunkt, von dem aus ich geschrieben hätte, deutlicher umreißen, das könne auch für die antifaschistische Arbeit insgesamt hilfreich sein. Meinen Leserbrief haben Sie damals ohne Kommentar veröffentlicht. Hier nun ein Versuch meinerseits, die damals gemachte Zusage einzulösen. Ich konnte mich zwar nicht kürzer ausdrücken, und es fehlt auch noch immer viel dabei, aber ich hoffe dennoch, daß mein Beitrag Berücksichtigung finden kann.

Mit freundlichen Grüßen

NRS

GEDANKEN ZUR "NEUORDNUNG" IN EUROPA Ziele einer antifaschistischen Politik

Bundeskanzler Kohl hat auf europäischem Parkett eine "Neuordnung" verlangt und dabei die Ziele der hiesigen herrschenden Klasse als Orientierungsgrundlage vorgetragen. Darin kommt die mächtige Rolle zum Ausdruck, die das wirtschaftlich potente Deutschland heute im "europäischen Haus" spielt. Ich will diese "Argumente" hier nicht wiederholen und mich damit nicht auseinandersetzen. Sie verdienen es nicht. Ich will vielmehr zunächst einmal bescheiden vor unserer eigenen Haustüre kehren und mich zunächst einmal mit Deutschland allein befassen. Wenn das, was wir hier entwickeln, Schule macht, könnte es für das übrige Europa attraktiv werden.

Den Faschismus hat das deutsche Volk nicht allein "gepachtet", und er wütet heute hier nicht am schlimmsten. In unserem Nachbarland Frankreich wütet er heute beispielsweise schlimmer. Von Staats wegen. Frankreich betrachtet gewisse Gebiete dieser Erde auch als selbstverständlich für eigene Versuchszwecke geeignete Kolonien. Ich rede nicht nur von Mururoa, sondern auch etwa von Ruanda, wo durch planmäßigen, aufgrund von vorheriger genauer Erfassung der Opfer betriebenen Massenmord binnen kürzester Zeit eine halbe Million Menschen abgeschlachtet werden konnte und die immer noch reale Kolonialmacht sich selbst dann auch noch medienwirksam zum Retter hochzustilisieren versuchte. Und die Mißachtung der Grundbedürfnisse der französischen Bevölkerung durch die Regierenden

ist größer, als man es in Deutschland schon wieder riskieren würde. Aber auch die Gegenwehr ist in Frankreich heute stärker entwickelt als bei uns. Und es ist selbstverständlich, daß sie auch die nicht in Frankreich Geborenen einbezieht. Man zieht am selben Strick. Wir sollten uns einiges davon ansehen, um es auf unsere Verhältnisse anwenden zu können.

Kampf gegen den Faschismus ist letztlich gleichbedeutend mit Kampf gegen den Imperialismus und auch gegen dessen Grundlage, den Kapitalismus, denn die Basis des kapitalistischen Systems besteht in Konkurrenz, und daher ist auch der ideologische Überbau von Konkurrenzdenken beherrscht. Der Konkurrenzkampf ist aber keineswegs von Leistungsangebot und -nachfrage allein bestimmt, vielmehr spielen die unterschiedlichen Startchancen, die von deren Inhabern als Privilegien bzw. Unterprivilegiertheit begriffen werden, dabei eine wichtige Rolle. Eines dieser Privilegien besteht in der nationalen oder ethnischen Zugehörigkeit und den auf ihrer Basis bestehenden sprachlichen und kulturellen Ausdrucksmöglichkeiten.

Antifaschistische Politik kann allerdings eine revolutionäre Politik nicht ersetzen, da diese das weitergehende Ziel einer sozialen Umwälzung verfolgt, während antifaschistische Politik nur darauf gerichtet ist, zu einem Klima beizutragen, das dem Faschismus den Nährboden entzieht. Antifaschistische

Politik, die ihren Namen verdienen will, muß demnach, auch wenn sie selbst nicht revolutionär ist, zugleich immer für revolutionäre Lösungsversuche offen bleiben. Sie muß auf jeden Fall darum bemüht sein, die Mehrheit der Bevölkerung zu gewinnen. Wenn sie von dieser Zielsetzung abgeht, versagt sie.

Unter den gegebenen Verhältnissen in Deutschland ist dies zweifellos eine schwere Aufgabe. Aber wir sehen etwa an dem bitterbösen Beispiel auf dem Balkan, wohin es führen kann, wenn man diese Aufgabe nicht entschlossen und zielbewußt in Angriff nimmt. Das Wetterleuchten brennender Unterkünfte von Asylsuchenden, von Überfällen auf Personen im Rollstuhl oder auf Menschen, die - auch bei dem gerade erlebten Kälteeinbruch - unter einer Kanalbrücke übernachten müssen, sollte uns als Warnung dienen, was alles noch passieren kann, wenn es nicht gelingt, hier gesamtgesellschaftlich akzeptable Lösungen zu finden.

Das Großkapital hat längst begriffen, daß auch das eine Frage des "Standortes Deutschland" ist; die offensichtlich ausgefeilten Vertuschungsmanöver wie etwa nach dem Brandanschlag in Lübeck kommen nicht von ungefähr. Die Politik der hiesigen herrschenden Klasse kann zwar nicht verhindern und auch nicht leugnen, daß solche Brände auf deutschem Boden stattfinden, sie kann aber, da sie auch über den Aufklärungsapparat und in einem gesamtgesellschaftlich ausschlaggebenden Maße über die Medien und das Unterrichtswesen verfügt, sei es durch Nichtbefassung sei es durch falsche Bescheidenheit, daß man daran sowieso nichts machen könne, deren Ursachen und damit die Möglichkeiten

einer wirksamen Bekämpfung in Nebel hüllen.

Wir können und müssen versuchen, die Möglichkeiten antifaschistischer Gegenöffentlichkeit auszubauen, nicht nur um die Politik der Herrschenden zu unterlaufen, sondern auch, um öffentlichen Druck entstehen zu lassen, der von der herrschenden Klasse und ihren Vertretungen in Politik, Medien und Unterrichtswesen nicht einfach in irgendeine Ecke gestellt und damit als quantitate negligable an die Seite geschoben werden kann.

Nicht nur antifaschistische, sondern auch die herrschende und selbstredend auch revolutionäre Politik muß sich daran messen lassen, wieweit sie in der Lage ist, reale Perspektiven zu entwickeln und an Musterbeispielen vorzuexerzieren. Beginnen muß man dabei an den Punkten, die für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen hieszulande unentbehrlich sind.

Fangen wir einmal bei der Friedenspolitik des deutschen Staates nach außen an und stellen diese auf einen Prüfstand. Unterstellen wir einmal tatsächlich friedliche Absichten bei denen, die dafür eingesetzt werden - schließlich trägt ja niemand gern seine Haut zu Markte. Bei einem Schießkrieg könnte man ja auch selbst getroffen werden. Wenn der deutsche Staat beispielsweise Bundeswehreinheiten in fremde Länder schickt, um dort mit Waffen Frieden zu schaffen, wie es offiziell heißt, so muß etwa die Frage erlaubt sein, inwieweit die Soldaten überhaupt in der Lage sind, auf die Bevölkerung zuzugehen und deren Widersprüche zu erfassen. Ein Soldat, der in Bosnien-Herzegowina als Friedenssoldat eingesetzt wird und die

Landessprache nicht versteht oder der nicht in der Lage ist, sich in die religiösen und sonstigen Barrieren, die zwischen den Menschen aufgetürmt worden sind, einzufühlen und sie zu durchschauen, um an deren Abtragen mitzuwirken, ist für die genannte Zielsetzung offensichtlich ungeeignet. Schließlich sollte sein Beitrag darin bestehen, Menschenrechten zum Durchbruch zu verhelfen. (Selbst faschistische Kräfte, die ihre Herrschaft ausbauen wollen, kommen an dem sprachlichen Problem im Prinzip nicht vorbei.)

Es ist überhaupt problematisch, wenn die hieszulande gewählten Vertretungen nur als Volksvertretungen verstanden werden. Abgesehen davon, daß sie - was besonders deutlich an dem Selbstbedienungsladen Bundestag wird - hieszulande allenfalls die High Society, die sogenannten oberen Zehntausend, vertreten können, da sie von ihrer eigenen Lebensweise und daher ihrem Vorstellungsvermögen her gar nicht mehr in der Lage sind, für die breiten Massen etwas anderes als Wortfußballer (mit entsprechenden Gagen) zu sein, brauchen wir in Wirklichkeit Gesamtbevölkerungsvertretungen, die von jedem Menschen wählbar sein müssen, der hieszulande seine Arbeitskraft anbietet und willens ist, sich auch sonst in das hiesige gesellschaftliche Leben zu integrieren. Wir haben hier in Deutschland eine Minderheit von fast 10 % der Bevölkerung, die zu gut der Hälfte aus der Türkei stammt. Warum wird beispielsweise nicht dafür gesorgt, daß das Türkische auch als eine der Schulsprachen angeboten wird? Man sollte meinen, so etwas wäre selbstverständlich.

Natürlich gilt ebenso, daß jeder

Mensch, der in dieser Gesellschaft mitreden will, auch in der Lage sein muß, sich so auszudrücken, daß jeder ihn versteht. Es muß also gezielt dafür gesorgt werden, daß Menschen, die in unser Land kommen, die deutsche Sprache erlernen, und diese Möglichkeit muß an den Orten, wo man sie unterbringt, geschaffen werden.

Diese Gegenseitigkeit muß ebenso gelten, wie es selbstverständlich sein muß, daß in Gebieten wie etwa dem Spreewald, wo Sorbisch gesprochen wird, oder Schleswig-Holstein, wo es eine kompakte dänische und friesische Minderheit gibt, auch deren Sprachen und Kulturen zur Allgemeinbildung gehören müssen.

Auch die Möglichkeiten des Erwerbs von Sprachen der Menschen anderer Völker, die zu uns kommen, muß ausgebaut werden, etwa des Erwerbs der kurdischen Sprache oder afrikanischer Sprachen.

Selbstverständlich muß auch eine Gleichberechtigung der religiösen Bekenntnisse erfolgen, soweit diese die Menschenrechte (beispielsweise die Gleichberechtigung von Mann und Frau) respektieren - und das geht in Deutschland nur durch eine strikte Trennung von Staat und Kirche. Staatliche Förderung kirchlicher (sei es christlicher, islamischer, jüdischer oder sonstiger) Einrichtungen muß sich auf die Bereiche konzentrieren, in denen diese Einrichtungen glaubhafte und durch Inanspruchnahme ausweisbare Angebote an alle Menschen dieser Gesellschaft, unabhängig von deren jeweiliger Konfession, machen. Schließlich geht es darum, Barrieren abzubauen.

Wer Barrieren aufbauen will, soll das gefälligst aus eigener Tasche bezahlen. In einer wirklichen Demokratie muß er bekämpft werden.

Mir fällt z.B. auf, daß die Lokalzeitungen auch großer Ruhrgebietsstädte in ihrer Berichterstattung über den Kreis der deutschen Leserschaft nicht oder kaum hinauskommen. Vielen von ihnen verbreiteten Vorurteilen über bei uns lebende Minderheiten würde von vornherein der Boden entzogen, wenn diese Minderheiten gezielt sowohl als Lesepublikum als auch als Mitgestaltende einbezogen würden.

Auch in Fernsehprogrammen muß die Vielfalt der Menschen dieser Welt zum Ausdruck kommen; wir müssen mit profunden Nachrichten über die Länder versorgt werden, aus denen Menschen zu uns kommen. Das ist eigentlich ein Recht, auf das wir Anspruch haben, damit wir verstehen lernen, warum sie zu uns kommen.

Warum sollte man dabei nicht auch auf diesen Personenkreis zurückgreifen können? Er wäre dafür mit Sicherheit eine sehr wertvolle Hilfe. Und solche Programme könnten und sollten sowohl in der deutschen als auch in der jeweiligen Landessprache angeboten werden. Kabelfernsehen macht das ja möglich. Und das wäre mit

Sicherheit attraktiver als die zahlreichen Privatfernsehsender, die nach dem Muster der USA das Publikum mit ständig durch aufdringliche Werbespots unterbrochenen Spielfilmen quälen.

Das daraus erwachsende - gesellschaftlich notwendige - Wissen kann unsere Gesellschaft nur bereichern. Dafür die zu einem großen Teil auch von ausländischen Arbeitskräften hier aufgebrauchten Steuergelder anzulegen, würde sich für die breiten Massen weitaus mehr auszahlen, als diese Gelder immer wieder den großen Banken als Zinsen für bei ihnen gemachte Schulden in den Rachen zu schieben (was zur Zeit mit rund 20 % des Staatshaushaltes geschieht), damit diese durch immer horrende Spekulationen die Weltwirtschaft ruinieren können. Ich wäre hier für Schuldenstreichung, wie es übrigens in einem gewissen Umfang auch der vor einigen Jahren ermordete Banker Herrhausen war.

Daraus könnte ein Modell Deutschland erwachsen, das unsere Zustimmung fände und Unterstützung erführe.

Die obigen Ausführungen geben nur einige Aspekte einer antifaschistischen Politik an, aber ich denke, es sind wichtige Aspekte, die zur Diskussion anregen und da, wo das möglich ist, auch ausprobiert werden sollten.

NRS

GRAUZONE

„Die Musikkneipe in RE“

Oerweg 53, 45657 RE, ☎ 02361 - 15262

30.3.

Maria Perzil

27.4.

Creme 21

Eine Reise im Winter

Einblick in die Welt des Alptraums

Ausstellung von Kriegsbildern aus Bosnien-Herzegowina

Vom 4. März an ist in der Schalom-Gemeinde in Dortmund-Scharnhorst eine Bilderreihe mit Motiven aus dem durch Krieg zerstörten Bosnien-Herzegowina zu sehen. Texte und Gedichte über den Krieg sowie aktuelle Karten über das bosnisch-balkanische Terrain erläutern das Geschehen.

Es handelt sich um Eindrücke, die unser Redakteur Aleks Berisha auf seiner 14-tägigen Balkanreise durch den bosnischen Winter gewonnen hat.

Die Ausstellung ist bis zum 26. März in der Dortmunder Schalom-Gemeinde, Burschei 94, zu sehen.

Danach soll sie in das Reinoldinum (evangelisches Zentrum am Schwanenwall in Dortmund-Mitte) umziehen.

Die Ausstellung liefert Eindrücke über die massive Zerstörung von Land und Stadt, zeigt die Menschen und ihren Umgang damit, stellt UNO-, NATO- und auch die Bundeswehr-Soldaten mit ihrer Umgebung vor. Ferner werden Themen wie die Versorgungslage in Bosnien beleuchtet. Bilder aus dem

Alltag zeigen die vielschichtigen Probleme der bosnisch-kroatischen "Nachkriegs-Gesellschaft, z.B. einen alten Mann, der im "Sozial"staat Kroatien vor sonnigen Palmen nach Eßbarem in einem Abfallkorb sucht; das wunderbare mediterrane Bild kann die Wirklichkeit der Schwächsten nicht vergessen machen.



"Unsere Jungs" in Bosnien besetzen vorerst friedlich Ferienhäuser an der Adriaküste ...



Altag zeigen die vielschichtigen Probleme der bosnisch-kroatischen "Nachkriegs-Gesellschaft, z.B. einen alten Mann, der im "Sozial"staat Kroatien vor sonnigen Palmen nach Eßbarem in einem Abfallkorb sucht; das wunderbare mediterrane Bild kann die Wirklichkeit der Schwächsten nicht vergessen machen.

Der Weg ins Ungewisse

Die Vogel des Himmels zogen wie Adler ihre Kreise,
sie wollten die Menschen der Berge und Täler warnen,
der Himmel hatte bereits die Farben der Leichen,
und obwohl ein früher Tag angebrochen war,
herrschte tiefste menschliche Nacht

Der Zugführer mit der Sense betrat den Bahnhof,
Männer rannten an die Gleise,
sie hielten große Hammer in Händen,
grell ertönte das Signal des Zugführers durch die Menschennacht,
Nagel durchbohrten wie spitze Pfeile das Fleisch der Türen,
und Menschen schrien

Die Männer Deines Dorfes wurden in Viehwagen getrieben,
mit Gewehrkolben schlugen sie Deinen Mann,
als er mit schwachen Augen nach Dir suchte,
doch Du sahst ihn aus den matten, grauen Fenstern des Waggons,
sahst, wie er zu Boden brach, ohne Dir den letzten Blick vor der großen Reise
in die Ewigkeit zu schenken

Kinder, Frauen, andere Alte, Soldaten und die Männer des Dorfes
zertrampelten den alten Körper Deines Mannes,
seine grauen, festen Haare zerschmolzen rotlich

Der Abschied ohne den letzten Kuß,
geschlagen, gedemütigt und auf die Gleise geworfen,
so endete Eure Ehe auf unserer Erde nach so vielen bosnischen Jahren

Dein Herz schrie,
übergab sich,
krampfte,
schrie immer wieder,
da erkanntest Du,
daß man Dich kreuzigte

Das Leben schlug stumpfe, grobe Nagel in Deine Hande,
legte Deiner Hoffnung einen Strick um den Hals und erhängte sie,
zerstampfte den Lebensgeist mit Füßen und Gewehrkolben,
machte aus Dir die gekreuzigte Zuschauerin
in der Arena des Alptraums

Der Zug schraubte argertlich wie ein Stier,
Schüsse fielen
die Schreie der Menschen vertrieben die Vogel am Himmel,
das Frauenschiff auf Gleisen fuhr an,
Familien starben,
Herzen zerbrachen,
und Du konntest nicht sterben
auf dem Weg ins Ungewisse,
bis heute nicht

Aleksander Berisha